

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einschließlich
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Pommern, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 30.- M. für
das übrige Ausland 47.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kriegerleben“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 17. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Sozialdemokratischer Parteitag.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der
Partei-Vorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 18. September, abends 6 Uhr

nach Görlitz (Stadthalle) ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
a) Allgemeines. Referent: Franz Krüger.
b) Organisation und Kasse. Referent: Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Gustav Hoch.
4. Die Wirkung des Verfaller Vertrages auf die innere und
äußere Politik Deutschlands. Referent: Hermann Müller.
5. Das Parteiprogramm. Referent: Hermann Molkenbühr.
6. Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des
Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorbereiten für den
Parteitag, besonders die Wahlen der Delegierten und die Stellung
von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der
Parteiorganisationen müssen spätestens am 20. Au-
gust im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Be-
stimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in
der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Partei-
vorstand einzureichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein beson-
deres Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf
beschrieben werden.

Am 17. September, vormittags 10 Uhr, findet in Görlitz
(Stadthalle) eine

Reichsfrauenkonferenz

statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die Arbeit der Frau in der Gemeinde:
a) wirtschaftlich (Gen. Wühl);
b) sozial (Fr. Dr. Schöfer);
c) Vereinsarbeit (Hedwig Wachenheim).
2. Bericht über den Stand der Frauenbewegung. Referentin:
Marie Juchacz.

Zur Teilnahme berechtigt sind aus jedem Bezirk 1 bis 2 Dele-
gierte, die weiblichen Delegierten zum Parteitag und die weiblichen
Mitglieder des Reichstages. Sofern männliche Genossen von ihrer
Bezirksleitung mit Mandat versehen werden, sind sie zur Teilnahme
an der Reichsfrauenkonferenz berechtigt.

Die Bezirksleitungen werden dringend ersucht, dem
Partei-Vorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer
Adressenangabe möglichst bis zum 25. August mitzuteilen, damit ihnen
das Mandat, die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugestellt
werden können.

Wegen Wohnungsbeschaffung wenden sich die Delegier-
ten möglichst sofort nach ihrer Wahl, spätestens jedoch bis 31. August,
nur an den Vorsitzenden der Wohnungskommission, Adresse: Gold-
hold Lichte, Görlitz, Luisenstraße 8.

In allen anderen bezirklichen Parteitage Angelegenheiten an den
Vorsitzenden des Hauptauschusses, Adresse: Redakteur Wih. Baum-
gart, Görlitz, Luisenstraße 8.

Berlin, den 25. Juni 1921.

Der Parteivorstand.

Englands Kriegswirtschaft.

Durch fast ein halbes Jahrzehnt sind die Völker vonein-
ander abgeschlossen gewesen: jetzt, wo sie wieder anfangen,
zueinander zu kommen, möchten sie nur schnell und gründlich
jene trüben Kriegsjahre vergessen, wie einen bösen Traum
von Nord und Süd und Sinnlosigkeit. Sie wollen neu zu-
einander kommen, wollen wissen, wie die anderen heute
leben, unter welchen Verhältnissen sie arbeiten. Der deutsche
Arbeiter erblickt im französischen, im belgischen, im englischen
Arbeiter den Kameraden, dessen Lebens- und Arbeitsverhält-
nisse ihn wie die eigenen angehen, und die amerikanische
Trustentwicklung wird ihm ebenso wichtig als Symptom einer
gemeinsamen weltkapitalistischen Entwicklung, wie dem eng-
lischen Gewerkschafter die deutschen Betriebsräte als Beispiel
und Vorbild seiner eigenen Politik.

Aber so sehr auch Wort und Begriff „Kriegswirt-
schaft“ uns allen noch nachträglich einen Schauer über den
Rücken jagt, so wird doch auch der deutsche Arbeiter es be-
grüßen, wenn ihm einmal Gelegenheit geboten wird, etwas
Umfassenderes über die Entwicklung der englischen Wirtschaft
im Kriege und kurz danach zu erfahren. Ein uns vorliegendes
Buch von Dr. Charlotte Mendelsohn „Wandlungen
des liberalen England durch die Kriegswirtschaft“ (Ergän-
zungsheft 18 des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozial-
politik“) stellt unter den Hauptgesichtspunkten Rationalisie-
rung, Konzentration und Demokratisierung die Entwicklung
der englischen Wirtschaft im Kriege dar.

Wenn die Arbeit auch zunächst den reinen Erkenntnis-
zwecken der Wissenschaft dienen will, so kann sie auch für die
Praxis und die Arbeiterpolitik des Augenblicks Bedeutung
haben. Man sieht, wie der Ausbruch des Krieges auch für
das weltbeherrschende, Schiffahrt und Handel treibende Eng-
land einen Augenblick der stärksten Bestürzung her-
vorruft. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in den ersten Kriegs-
monaten ungeheuer, Ein- und Ausfuhr sind gelähmt. Aber
bald ist die innere Umstellung der leitenden Kreise vollzogen,
eine Verschiebung der Arbeitskräfte setzt ein, deren Nachwir-
kungen noch heute nicht überwunden sind. Dann kommt im
Sommer 1915 das Munitionsgesetz, das Vorbild
unseres Hilfsdienstgesetzes. Ein offizieller Hilfsdienstzwang
ist nicht eingeführt worden, wie überhaupt die Not so viel
geringer war als in dem blockierten und zur Niederlage ver-
urteilten Mitteleuropa, daß in der Hauptsache ohne Gewalt-
mittel auskommen wurde.

Uns Deutsche, glaubten die offiziellen Stellen, mußte die
durch die Zensur geknebelte Presse immer wie kleine Kinder
durch beschwichtigende „gute Nachrichten“, durch Fahnen und
Siegeslimbik bei guter Laune halten. Es ist tief beschämend
und erschütternd, dagegen die harte Offenheit Eng-
lands zu halten, die auch die ernstesten Gefahren nicht ver-
borgt, und mit der es der geniale Organisator und große
Menschenkenner Lloyd George fertigbekam, seine Landsleute
zu freiwilligen Opfern zu veranlassen. Nicht nur die Arbeiter,
auch die Kapitalisten haben viele solche Opfer bringen müssen.
Vielleicht in einem höheren Sinne prinzipienlos, aber seines
momentanen Ziels, des Sieges, bewußt, hat Lloyd George
sie nicht gespart. Wo bei uns mit farcenhaftem Zahnenjong-
lieren von Anleihe zu Anleihe angeblickt jedesmal von neuem
„eine Schlacht gewonnen wurde“, was ja im Grunde nichts
anderes hieß, als die Profite der Kriegsgewinnler und Heeres-
lieferanten zu schonen, hat England von Anfang an den einzig
vernünftigen Weg der Gewinnbestreuerung beschritten.

Auch sonst hat der Krieg den Unternehmern bedeutsame
Wandlungen gebracht. Die hochkapitalistische Peri-
ode der industriellen Konzentrations-
bewegung, der großen Trusts, Kartelle und sonstigen
Unternehmerverbände, ist durch die Kriegswirtschaft erst recht
eigentlich in das englische Wirtschaftsleben eingedrungen.
Vorher existierten eine ungeheure Anzahl kleinerer, vonein-
ander unabhängiger Unternehmen, was — wie vor allem im
Bergbau und Eisenbahnbau — einer vernünftigen Volkswirt-
schaftlichen Ausnutzung im Wege stand. Im Krieg
wurden eine Reihe von Industrien und das gesamte grobe
Verkehrswesen unter Staatkontrolle genommen und ein-
heitlich geleitet, sie haben dadurch bessere volkswirtschaftliche
Erträge geliefert. Das brachte die Einstellung vieler unwirt-
schaftlicher Unternehmungen und die technisch vollkommene
Ausnutzung anderer mit sich. Das Kapitel „Rationalisierung“
zeigt diesen durch die beiden Ziele der Kriegswirtschaft —
Sicherstellung der Versorgung und Förderung der nationalen
Wirtschaft — erzwungenen Prozeß: bessere Ausnutzung tech-
nisch-wissenschaftlicher Kenntnisse, Ausschaltung aller unren-
talen Zwischenfunktionen, wie z. B. Verbrauch in großer
Entfernung vom Produktionsort, genaue Einstellung von
Produktion und Verbrauch aufeinander usw.

Auch die Arbeiter werden von diesen Rationalisierungs-
bestrebungen betroffen. Die sogenannten Gewerkschafts-
beschränkungen (Trade unions Restrictions), Verbot
der Zusammenbeschäftigung der unorganisierten, unqualifizier-
ten Arbeiter mit Gewerkschaftern an bestimmten Maschinen
und ähnliches, werden 1915 aufgehoben. So bringen in

Lloyd George begründet seine Haltung

London, 16. August. (Unterhaus.) Lloyd George kam heute
auf die letzte Sitzung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte,
es habe dort Fragen gegeben, die das Zusammenhalten der Allianz
bedroht hätten. Große Genugtuung habe es daher hervorgerufen,
daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschliebung gefestigt
worden sei, nach der die Allianz nicht nur fortbauere, sondern
festigter dastehen werde. Dann ging der Premierminister auf die
oberstschlesische Frage über. Bezüglich des westlichen Teiles Ober-
schlesiens, der in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland ge-
stimmt habe, bestche unter den Alliierten vollkommene Uebereinstim-
mung, desgleichen darüber, daß Plesch und Rybnik, die für
Polen gestimmt hätten, Polen zugewiesen werden sollten. Die
italienischen und britischen Sachverständigen, desgleichen die ita-
lienische und britische Kommission stimmten darin überein, daß das
sehr wichtige

Industriegebiet auf der Grundlage der Abstimmung der Be-
völkerung Deutschland zugestimmt

werden müsse. Es wäre vollkommen unmöglich, Insein zu schaffen,
und deshalb hätten sie zu beschließen gehabt, an wen das gesamte
Gebiet fallen solle. Die französischen Sachverständigen seien
ganz anderer Ansicht gewesen. Die italienische und britische Kom-
mission hätte in dieser Frage nur das eine Interesse gehabt, beiden
Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die französische
hätte genau dasselbe Interesse gehabt, nur daß sie unabweisbar
durch andere Umstände bewegt worden sei, die ihr Urteil mit-
bestimmten, nämlich die Frage der Sicherheit, indem sie die
Bergwerke, das Zink und das Eisen Deutschland wegnehmen und
den Polen ausschütten wollten. Dies sei keine Erwägung, die in
dem Friedensvertrag enthalten sei. Der Vertrag gebe die klarsten
Richtlinien bezüglich dessen, was in Betracht gezogen werden müsse,
nämlich die Bevölkerung sowie wirtschaftliche und geographische
Erwägungen. Jene anderen Erwägungen gehörten jedoch nicht zu
den Richtlinien des Vertrages und seien deshalb als außerhalb
des Kreises der Erwägungen liegend angesehen worden. Wenn
einer Ungerechtigkeit zugestimmt würde, so würde dies einen Kon-
flikt in der nahen Zukunft, bestimmt in der ferneren Zukunft ver-
ursachen und in Europa würde es keinen dauernden
Frieden geben. Das Haus werde sich erinnern, daß ein Versuch
unternommen worden sei, um die Entscheidungen des Obersten Rates
vorweg zu nehmen. In Oberschlesien habe ein

polnischer Auffstand

stattgefunden, die eine sehr bemerkenswerte Ähnlichkeit hatte
mit den gleichen Bewegungen, die bereits in Wilna und an
der russischen Grenze stattgefunden hatten und wie sie sich auch
vorher in Oberschlesien ereigneten. Man sei in London der An-
sicht gewesen, daß, wenn diese Dinge ohne Einspruch geduldet wür-
den, die Herrschaft des Völkerrechtes zu Ende sein würde, und daß
Gewalt die Oberhand bei der Entscheidung dieser großen Grenzfrage
erlangen würde. Dies würde für den Frieden verhängnisvoll ge-
wesen sein. Aus diesem Grunde habe er den energischen Schritt

unternommen, um einen nachträglichen Protest gegen die Anerken-
nung dessen, was als fait accompli gelten könne, zu erheben. Es
sei wesentlich, daß eine Warnung erteilt werde, soweit die Re-
gierung Großbritanniens in Betracht komme, die, wie erfolgreich
auch immer der Zustand für eine gewisse Partei sei, diesen Zustand
nicht anerkennen könne, und daß nur eine Entscheidung das Schick-
sal Oberschlesiens bestimme, nämlich die Entscheidung der Körperschaft,
die vom Friedensvertrag selbst geschaffen, nach den Grundsätzen han-
delt, die in dem Friedensvertrag niedergelegt wurden. Lloyd George
sprach sich anerkennend aus über die Hilfe, die Sir Harold
Stuart dabei geleistet habe, der mit großer Urteilskraft, Ent-
schlossenheit und Tatkraft gehandelt habe und dem es im Verein mit den
übrigen Kommissaren vor allem zu verdanken sei, daß der Zustand
in Oberschlesien liquidiert und

die Autorität der Alliierten

wiederhergestellt wurde. Lloyd George erklärte weiter, es sei in
der Einberufung der Konferenz des Obersten Rates seinerzeit eine
Verzögerung entstanden, und es sei nach einigen Erörterungen bald
klar gewesen, daß vollständige Uebereinstimmung vollkommen un-
möglich sei. Es habe von Anfang an die Schwierigkeit der Frage
der Sicherheit bestanden. Auf englischer Seite habe man empfunden,
daß, sobald die statistischen, geographischen und wirtschaftlichen
Fragen besprochen wurden, bei den Franzosen immer die Erwägung
der Sicherheit vorherrschte und daher die Franzosen keinerlei Vor-
schlagen zustimmen konnten, die den übrigen Alliierten annehmbar
waren. Unter diesen Umständen habe man in voller Uebereinstim-
mung beschlossen, die oberstschlesische Frage der schiedsrichterlichen
Entscheidung des Völkerbundes zu unterbreiten. Man könne ein-
wenden, daß dies bereits früher hätte geschehen können. Es hätte
jedoch bestimmt nicht früher getan werden können, ohne daß man
einen politischen Mißerfolg riskiert hätte. Die eine Schwierigkeit,
die bestanden habe, sei die gewesen, daß man

zunächst den Zustand erledigen

mußte. Man hätte dieses Problem nicht dem Völkerbund über-
geben können, da er nicht über die Ausrüstung verfügte, um damit
fertig zu werden. Der Oberste Rat sei die einzige Körperschaft ge-
wesen, die sich mit dem Zustand habe befassen können. Er sei sicher,
daß der Vorschlag, den Völkerbundrat entscheiden zu lassen, in dem
einzigsten Augenblick gemacht wurde, in dem er annehmbar war und
Aussicht auf Erfolg hatte.

Lloyd George erklärte weiter, es sei nicht seine Aufgabe, dem
Völkerbundrat zu diktieren, wie er sich mit dem Problem be-
fassen soll. Er nehme jedoch an, daß der Rat nicht versuchen werde,
sich selbst damit zu befassen, sondern daß er die oberstschlesische Frage
entweder an einen Ausschuh von Juristen oder an einen Schieds-
richter (Arbitrator) verweisen werde. Es sei sehr wichtig, daß,
bevor irgend etwas unternommen werde, Frankreich, Italien, Japan
und Großbritannien sich verpflichten, die Entscheidung dieser
vom Völkerbundrat ernannten Körperschaft anzunehmen. Die
Parteien würden zweifellos vor diesem Gerichtstribunal erscheinen.

die ehemals hochqualifizierten Arbeitern vorbehaltenen Stellen Halbgelernte, Frauen und Jugendliche ein. Für die Gesamtstruktur der englischen Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsbewegung ist diese Aufhebung der alten „Gewerkschaftsarristokratie“ von größter Bedeutung. Der dem Bildensozialismus zugrunde liegende Gedanke einer alle in einer Industrie Tätigen umfassenden Gesamtgewerkschaft hat hier seinen praktischen Vorbau gefunden.

Ebenso haben die Führer der Rationalisierungsbewegung in den Erfahrungen der Kriegswirtschaft ihre Hauptargumente gefunden. Gerade die Zersplitterung der liberalen kapitalistischen Wirtschaft hat im Kriege bewiesen, wie sehr sie unrationell ist. Die nichts weniger als kriegsbegehrtesten Sozialisten in der Sanke-Kommission haben auf die Bedeutung dieser Kriegserfahrungen zugunsten einer Rationalisierung des Kohlenbergbaues wiederholt hingewiesen.

Auch eine Art Betriebsrätebewegung hat der Krieg England gebracht. Diese sogenannten Industrieräte, etwa unseren Arbeitsgemeinschaften zu vergleichen, sind wirtschaftsfriedlich gerichtet. Ueberhaupt ist die große Mehrheit der englischen Arbeiterschaft auch jetzt durchaus demokratisch und evolutionär eingestellt und will von allen gewaltsamen, diktatorischen, bolschewistischen Elementen nichts wissen.

Für uns aber von größter Wichtigkeit ist der Eindruck, den diese Kriegsorganisationen und Erlebnisse auf die englischen Arbeiter gemacht haben. Sie sind sich erst ganz ihrer Bedeutung bewußt geworden. Die ungeheuren Anforderungen aber, die an ihre Arbeit und Opferwilligkeit gestellt wurden, wie die schweren Eingriffe in ihre Freiheit haben sie als Arbeiterklasse zusammengeschlossen, haben ihnen allen das Bewußtsein von der Solidarität der Arbeitererschaft gegeben. Gleichzeitig haben sie z. B. in den Räten organisatorische Grundlagen für die Betätigung ihres Klassenbewußtseins gelegt.

Das aufschlußreiche Buch von Dr. Mendelsohn, einer jungen Parteigenossin, umreißt ein Stück lebendiger Zeitgeschichte und weckt den Wunsch nach einer Fortführung seiner Darstellung bis in die unmittelbare Gegenwart hinein. Was es uns bietet, das ist eine willkommene Gelegenheit, die Jahre kennen zu lernen, aus denen wir vom Leben Englands nichts wissen, damit wir leichter zurückfinden zu den englischen Genossen, die in ihnen selbst bedeutende Wandlungen erlebt haben, bedeutsamere vielleicht, als selbst wir in Deutschland. Denn es sind tiefe innere und organisatorische Wandlungen dort, auf sozialem und ökonomischem Gebiet, geschehen, während bei uns die Revolution fast nur der staatsrechtliche Ausdruck wurde für Wandlungen, die längst innerlich geschehen waren.

Sofortiger Teuerungsausgleich.

Der Reichsminister hatte am Dienstag nachmittag eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien, wobei außerst wichtige außenpolitische Fragen, aber auch innere, wie die der Steuervorlagen, erörtert wurden. Einig war man darüber, daß für die augenblickliche Teuerung ein Ausgleich durch sofortige Teuerungszuschüsse für die Beamten und Arbeiter geschaffen werden muß.

Der Tote der JSD.

Der mysteriöse Todesfall des Oberwachmeisters Buchholz von der „Hundertschaft zur besonderen Verwendung 1“ hat uns schon mehrfach beschäftigt müssen. Während gewisse polizeiliche Stellen frampshafte die Fiktion aufrechtzuerhalten suchten, daß Buchholz Selbstmord begangen habe, ist im „Vorwärts“ schon frühzeitig auf Grund bestimmter Informationen der Verdacht ausgesprochen worden, daß Buchholz von dritter Hand beseitigt worden ist, weil er Mitwisser wichtig

Die Fahne.

Sie war eigentlich noch wie neu, die Fahne. Als Paul im zweiten Kriegsjahr rekrutiert wurde und als „unabkömmlich“ zu Hause blieb, hatte man die Fahne angekauft. Und Paul verdiente gut, es brauchte mit dem Tuch nicht gespart zu werden.

Nun stand seit Ausbruch der Revolution die schöne Fahne auf dem Boden und verstaubte. Aber die Zeichen — wer sie zu deuten versteht wie Paul, der weiß — sie mehren sich, sie künden an: bald wird die Zeit wieder kommen, wo wir die Fahne, die schöne Fahne wieder herausfinden!

„Ich brauche eine neue Fahne!“ sagt Marie. Paul aber liebt die alten Farben der Fahne, er ist nicht für die Republik. Er steigt auf den Boden und holt die Fahne herunter. Wenn man der Fahne bedarf, so soll es nur die alte sein, das ist seine Ueberzeugung. Außerdem sind es über drei Meter Fahnentuch und wenn sie vom Balkon herunterflattert, so wischt sie gerade in die Kaffeetassen von Pauls politischem Gegner auf dem unteren Balkon.

„Hier hast du die Fahne!“ sagt Paul und ohne die entrüstete Eintrede seiner Frau zu beachten, sagt er „adieu!“ und geht in sein Bureau.

Nachmittags kommt er nach Hause und öffnet die Wohnungstür. Entgeistert steht er und starrt auf die — zerschnittene Fahne, die auf dem Fußboden liegt.

Seine Frau sitzt an der Nähmaschine und näht sich eine neue — „Fahne“.

Aus seiner Fahne.

„Es reicht gerade für die Bluse und den Vokant. Den Stoff für den Rock werde ich noch zukaufen müssen. Dafür bekomme ich aus dem Roten noch eine schöne Badehose,“ sagt Marie.

Ihm aber erstirbt eine Welt. Friedrich Ratteroth.

Zugsteuer und Qualitätsarbeit. Die Aufhebung der Zugsteuer für die Verkäufe der Kunstausstellungen, die, wie wir berichteten, vom 1. Juli ab verfügt worden ist, kommt noch den Kunstausstellungen dieses Sommers zuatten. Dennoch schafft sie einen Zustand, der unseidlich wirkt. Würde sie doch eine Trennung der Begriffe Kunst und Handwerk im Sinne eines veralteten Spezialistentums verewigen, während gerade in der Vereinigung des künstlerischen und des handwerklichen Schaffens der Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten gesucht wird. Die Reform des Kunstschulunterrichts hat eben gerade den Gesichtspunkt dieser Vereinigung in den verschiedenen Ländern durchzuführen unternommen. Nun aber bleiben nach den geltenden Bestimmungen die Erzeugnisse des Kunsthandwerks der Zugsteuer unterworfen, während die der sogenannten „hohen Kunst“ von ihr befreit worden sind.

Man hofft in den beteiligten Kreisen, daß die Steuer auch für das Kunsthandwerk bei den Beratungen im September fällt. Sie hat sich als unpraktisch für die Zwecke des Steuerfiskus selbst heraus-

tiger Bestimmte dieser eigenartigen Hundertschaft war, und weil bestimmte Leute fürchteten, daß Buchholz diese Geheimnisse verraten würde, nachdem man ihn — ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt — in eine Unterschlagungsaffäre verwickelt hatte.

Begen unserer Angaben sind wir von der reaktionären Presse, deren Hintermänner in diesem Fall unsicher zu erraten sind, heftig angegriffen worden. In allen Tonarten wurde das Motiv abgemandelt: „Buchholz hat unterschlagen und deswegen Selbstmord begangen.“ Seit einiger Zeit ist es drüben freilich still geworden. Vielleicht hängt das zusammen mit einem Gutachten des bekannten Sachverständigen Medizinalrat Störmer vom 5. August 1921, in dem es, wie uns bestimmt mitgeteilt wird, wörtlich folgendermaßen heißt: „Es handelt sich bestimmt um Tötung durch dritte Hand. Der Schuß ist von hinten abgegeben worden aus einer Entfernung von 30—35 Zentimeter.“

Außer diesem Gutachten wird uns noch ein Gutachten des Waffensachverständigen Barrella mitgeteilt, das am Schlusse sagt:

„Ich fasse mein Gutachten dahin zusammen, daß der Schuß aus der vortragenden Wauerpistole 7,65 abgegeben ist, daß bei Abgabe des Schusses die Mündung ca. 30 Zentimeter vom rechten Hinterhaupt entfernt war, und daß sich Buchholz diesen Schuß nicht selbst beigebracht haben kann.“

Aus diesen beiden Gutachten ergibt sich klar, daß die vom „Vorwärts“ vertretene Auffassung, daß es sich um einen Mord an Buchholz handelte, vollkommen zutreffend war. Immer notwendiger erscheint eine Untersuchung, die nicht nur die Tat selber, sondern auch ihre letzten Motive klarlegt. Wir hoffen, daß sie in die Hände von Männern gelegt wird, die ihr gewachsen sind.

Ehrendoktor Ludendorff.

An die schlimmste Zeit der politisierenden Professoren erinnert, daß die medizinische Fakultät der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen Ludendorff bei seiner Anwesenheit in Königsberg, anlässlich der Tannenbergsfeier, die Würde eines Ehrendoktors der Medizin verliehen hat. In dem Ehrendoktor Diplom heißt es:

„Dem Meister der Feldherrnkunst, dessen überragendes Können Gesundheit und Leben unzähliger deutscher Krieger vor den feindlichen Feuerschünden gerettet; dem Befreier, der mit eiserner Hand unsere ostpreussische Heimat wieder reingefegt von plündernden und sengenden russischen Horden; dem Führer, dessen starker Arm den mackelosen Ruhm der deutschen Waffen und den Glanz deutscher Kultur getragen hat von den Gestaden des Atlantischen Ozeans, bis in die Wälder Arabiens; dem Helden, der das von einer Welt heuteilfamer Feinde umflammete deutsche Volk mit den scharfen Schlägen seines unbeflegten Schwertes geschloß, bis es, falschen Worten trauend, seine ungebrochene Wehr und seinen starken Führer fallen ließ; dem deutschen Ranne, dessen Bild, aus der Finsternis der Gegenwart hervorleuchtend, uns den Glauben gibt an einen dereinstigen Retter und Rächer unseres Volkes.“

Die medizinische Fakultät hat übersehen, daß es Ludendorff selbst gewesen ist, der seinen Rücktritt anbot, als er Deutschland genügend tief ins Elend geritten hatte. Wieviele Menschen Ludendorff das Leben gerettet hat, das scheint bisher nur die medizinische Fakultät der Universität Königsberg festgestellt zu haben; sie begnügt sich leider mit der Behauptung, ohne die Unterlagen dafür mitzuteilen. Das Volk weiß aber, daß in dem Menschenlachs von 1914—1918 auf deutscher Seite 1 800 000 Männer geopfert wurden. Obwohl die Möglichkeiten auftauchen, zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen, wurde sinnlos weiter Krieg geführt bis zur fürchterlichen Niederlage. Die Deutschland in der Stunde der höchsten Not beisporgelt, werden heute verleumdert; die feige Deutschland den Rücken lehrten, werden Ehrendoktor! Wir können auf unsere Königsberger Medizinprofessoren „stolz“ sein. Hoffen wollen wir, daß sie in ihrem Fach etwas besser unterrichtet sind als in der Politik.

gestellt, als steuertechnisch undurchführbar, und überdies wird sie nach allem, was man hört, in der Praxis sehr stark umgangen. Es ist zu hoffen, daß sich der Reichskunstwart Dr. Redlob der Frage annimmt, besonders deshalb, weil gerade aus seinen verschiedenen Schritten die Künstlerschaft den Fortfall der Zugsteuer für Ausstellungen mit zu danken hat.

Der Reichsausschuh für Arbeitswissenschaft hat bekanntlich die Aufgabe, mit Hilfe moderner wissenschaftlicher Methoden die persönliche Beantugung für bestimmte Tätigkeiten zu prüfen und es so dem Einzelnen zu ermöglichen, den für ihn passenden Beruf zu ergreifen und innerhalb des Berufs die geeignete Spezialarbeit zu finden.

Obwohl der Reichsausschuh, der aus hervorragenden Gelehrten zusammengesetzt ist, bereits vor Jahresfrist vom Reichsarbeitsministerium begründet wurde, hat er bisher nicht in Tätigkeit treten können, weil das Finanzministerium die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stellte. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitswissenschaft in Amerika bereits die gesamte Industrie umgestaltet hat, wäre es wohl an der Zeit, daß auch bei uns die Sache endlich in Fluß gebracht würde.

„Theorie und Praxis der Arbeitsschule“ ist das Thema, das die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht für den 5. bis 10. September nach Köln einberufene Pädagogische Herbstwoche behandeln wird. Es sollen Vorträge und Diskussionen stattfinden und für die freien Nachmittage sind Vorträge mit anschließender Besprechung vorgesehen. Nähere Auskünfte erteilt das Städtische Schulamt in Köln, Agrippastr. 10.

Veröffentlichungen des Reichsarchivs. Von der altentmähigen Darstellung des Weltkriegs, deren Herausgabe, eine Behandlung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Geschichte des Krieges 1914/18 sowie der kulturellen und sozialen Entwicklung während dieser Zeit in Deutschland, auf 10 Bände berechnet ist, soll der erste Band schon im Herbst erscheinen.

Das Reichsarchiv bereitet außerdem die Herausgabe einer zweimonatlichen Zeitschrift sowie einer wissenschaftlichen Schriftenreihe vor. Die Zeitschrift „Zeitgeschichtliches Archiv“ betitelt, wird vom 1. Januar ab erscheinen.

Die Revolution der russischen Bühne. So wie die Sowjetregierung versucht, eine völlige Umwälzung des Staatswesens durchzuführen, hat man auch auf der russischen Bühne eine grundlegende Revolution entfesselt. Der Lenin des Theaters heißt Kerzhenezow, und von seiner Tat erzählt Iwan Janib in der „Freien Deutschen Bühne“. Kerzhenezow erstrebt eine Verdrängung des beruhsmäßigen Künstlerturns. Jede Scheidewand zwischen Bühne und Zuschauerraum niederzureißen, aus dem Zuschauer Schauspieler zu machen, vom Dilettantismus des Arbeiters zu einer allgemeinen Volkstheater zu gelangen, ist sein Ideal. Er sucht lebendige gefühlsmäßige Beziehungen zwischen Schauspieler und Publikum, zwischen dem Geist des Stückes und seiner Aufführung. Das proletarische Theater — so sagt Kerzhenezow — bedarf nicht der Illusionen und des geheimnisvollen Wirkens hinter den Kulissen. Jeder Theaterbesucher soll jede Phase seiner Arbeit, von der ersten Probe bis zur ersten Vorstellung, sehen können. Der russische Theater-Lenin sagt sich auch von allen Stimmeln der Bühne im 20. Jahrhundert, von dem Kultus des Vor-

Woher kam der Zusammenbruch?

Zwei Kronzeugen.

In den jüngst vergangenen acht Tagen hat die reaktionäre hauptstädtische Presse ihre alten agitatorischen Lügen neu aufgebügelt verbreitet. Auf unsere Festnagelungen hat man aber peinlich geschwiegen. Die „Kreuzzeitung“ z. B. hat ob unserer Feststellungen aus ihrem eigenen Blatt geradezu ihr Mundwerk verloren. Haben wir doch der „Kreuzzeitung“ aus verschiedenen Artikeln der — „Kreuzzeitung“ nachgewiesen, daß sie seinerzeit Ludendorffs sinnloser militärischer Führung die Schuld am Zusammenbruch des deutschen Kaiserstaates zugeschoben hat! Jetzt behauptet sie, die Republik sei „mit Hilfe des Feindbundes gegründet“. In ihrer geltrigen Abendausgabe ist es wieder die „Deutsche Tageszeitung“, die ihre all-tägliche Agitationswalze ableiert: Steuern auf den Besitz sind eine Gemeinheit, daß sie gefordert werden, hat seinen Grund in der Annahme des Ultimatums, das Ultimatum ist aus dem Versailler Vertrag erwachsen, dieser entstand durch den Zusammenbruch, und der wurde durch den Dolchstoß von hinten“ verursacht.

Die Wahrheit ist, daß der Zusammenbruch durch die verbrecherisch beschränkte militärische Führung des alten Deutschland erzeugt wurde, zu der dann Wirklichkeit gewordenen entsetzlichen Größe konnte er nur dadurch durch auswaschen, daß die reaktionären Parteien die Borniertheit des alten Systems besinnungslos unterstützten und jede Mahnung zur Vernunft wütend bekämpften.

Heute wollen wir nur zwei beachtenswerte Zeugen für die Richtigkeit unserer Anschauung zu Worte kommen lassen. Der eine schrieb im Jahre 1919:

„Das Nachlassen der Stimmung im deutschen Volke hing sehr wesentlich mit der Ernährung zusammen. Der Körper bekam in seiner täglichen Zuführung, namentlich an Eiweiß und Fetten nicht das, was zur Erhaltung der leiblichen und geistigen Kräfte notwendig ist. Es war in weiten Kreisen ein gewisser Verfall der körperlichen und seelischen Widerstandskraft eingetreten... Ich tat das erstmal im Sommer 1917 einen tiefen Einblick in diese Verhältnisse und war erschrocken; hier war ein ungeheures Schwächemoment. Diese Erscheinung lag im Wesen der menschlichen Natur begründet. Sie konnte durch starken vaterländischen Willen ausgeglichen werden, war aber endgültig nur durch eine bessere Nahrungszuführung zu beseitigen.“

Der Mann hatte durchaus recht wenn er glaubte, daß man mit „vaterländischem Willen“ allein den Krieg nicht gewinnen könne, sondern daß man dazu eine bessere Nahrungsversorgung brauche als die damalige alte Regierung zu leisten in der Lage war. Wir wollen den Namen unseres Gewährsmannes nicht verschweigen. Es ist — Ludendorff, der das oben zitierte in seinen „Erinnerungen“ schreibt.

Unser zweiter Zeuge meinte einmal: „Die Revolution... ist kein Glücksfall gewesen... Mit dem modernen Krieg hat es eine eigene Bewandnis. Früher ging der Krieg dadurch zu Ende, daß die feindlichen Armeen besiegt wurden; jetzt endet der Krieg mit der Besiegung des feindlichen Volkes. Das haben wir alle vor diesem Krieg nicht gewußt und haben es erst lernen müssen. Entscheidungsschlachten wie in früheren Feldzügen gibt es nicht mehr, oder vielmehr, sie entscheiden, wie die Schlacht bei Tannenberg bewiesen hat, nicht unmittelbar, sondern mittelbar. Die militärischen Niederlagen erschüttern das Vertrauen des Volkes zu seiner Regierung. Die Opposition verstärkt sich, gewinnt Macht. Die Regierung stürzt und wenn... das ganze System morsch und reiß für den Verfall ist, so kommt es zu dem allgemeinen Zusammenbruch.“

Klarer als in diesen Sätzen kann man die Entstehung des Vertrages von Versailles nicht aussprechen. Und wer vermochte es, seine Gedanken über den Zusammenbruch so klar zu formulieren? Es war — Hindenburg! Er führte es am 2. Dezember 1917 aus, als er über den Zusammen-

hangs und der Weinwand, los: Das Theater soll das Volk erziehen, belehren, es nicht durch bunte Scheinkünste unterhalten. Ein Prolog gewährt Einblick in den Geist des Wertes und macht das Volk für das Schöne und Neue empfänglich. Die vorhandenen Bühnenwerke sind natürlich für diese Zwecke nicht geeignet. Kerzhenezow springt daher mit den vorhandenen Stücken sehr ungeniert um; er bearbeitet sie, ja, er verfälscht sie. Wenn es sich um ein neues Stück handelt, das mit gemeinschaftlichen Mitteln einer Gruppe des „Theater- und Literatur-Kreises“ geschaffen ist, dann kann nur der Grundriß des Stückes festgelegt werden. Die Ausarbeitung der Einzelheiten ist Pflicht aller Darsteller, und selbst am Tage der Vorstellung kann noch eine Veränderung vorgenommen werden. So kehrt also die russische Bühne in gewisser Hinsicht zu der Form der alten Stöckelkomödie zurück, in der dem einzelnen Schauspieler sehr viel Freiheit gelassen war.

Teure Bilder. Des holländischen Meisters Bernter Bild „Straße von Veste“ ist vom Louvre, dem es angeboten war, zurückgegeben worden. Der dafür geforderte Preis von 700 000 Gulden war den Franzosen zu hoch. Nun hat das Bild ein Holländer angekauft, der es seiner Regierung zum Geschenk machen will. Das Louvre hat statt dessen das große Gemälde von Delacroix „Sardanapalus“ zum Preis von 800 000 Franc erworben.

Rückgabe der Venus von Milo? Ein Mißhold schreibt uns: In den Museen des Louvre in Paris herrscht große Aufregung, denn das Verlangen der Hildesheimer, die den bei Hildesheim gefundenen Silberstich aus Berlin zurück haben wollen, findet Nachahmung. Eine Abordnung der Insel Milo ist in Paris eingetroffen und hat die Rückgabe der Venus verlangt. Alle Fremden, die auf die Insel kämen, fragten nach der Venus, und es wäre ein unerträgliches Zustand, sie immer auf Paris verweisen zu müssen. Auf den Einwand, die Venus würde auf der Insel doch ganz vereinzelt sein, wurde geantwortet, man hätte dort auch sonst sehr viele schöne Mädchen. Sobald diese Vorgänge in Paris ruhiger geworden, trat im Louvre eine Deputation von Versailles an, um auf dem gleich mitgebrachten Wagen die Artemis von Versailles abzuholen. Auf die Gegenrede, die Artemis sei doch in Versailles weder gemacht noch gefunden, antworteten sie, man könne die Göttin in der Einsamkeit des Schlosses besser studieren als in dem Trübel der Großstadt Paris. Auch dieser Vorgang blieb nicht ohne Folgen. Die Besitzer aller Restaurants, Cafés, Ausschloßpunkt-Wirtschaften usw., die den Namen „Venedere“ tragen, haben sich zu einem Zweckverband zusammengesetzt, unter der Devise, der Apoll von Venedere stehe ihnen zu. Auf den zu erwartenden Einwand, daß man die Figur doch nicht zerlegen könne und ein Gipsabguß dieselben Dienste leiste, soll erwidert werden, daß gerade eine so zerstückelte Figur sehr geeignet sei, um Doktorarbeiten darüber zu schreiben. Die Studenten hielten sich so wie so schon viel in den Venederes auf und könnten dann gleich das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Die Verhandlungen schweben noch.

Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Ernst Friedrich spricht Donnerstag, den 18. abends 8 Uhr, in der Petersburger Straße 39, Hauptmanns „Werber“. Zusätzlich findet eine Ausstellung des Bildes „Weseraufwand“ von Räte Kollwitz statt.

Der Kampf in der Landwirtschaft.

Wie alle Kämpfe, so müssen auch die Lohnkämpfe geführt werden zu einer Zeit, die die besten Erfolgsmöglichkeiten bietet. Für die Landarbeiterschaft ist das die Zeit der Ernte.

Es kann nicht geleugnet werden, daß unter den Landarbeitern durch eine gänzlich verfehlte Politik des Reichslandbundes und seiner Anhänger ein Zündstoff aufgespeichert ist, der zu Streiks — vielfach wilden Streiks — Veranlassung gibt.

Wie immer, so arbeiten auch in diesem Fall die Kommunisten den Unternehmern in die Hände. Ihnen kommt es in erster Linie darauf an, die Erregung der Arbeiter für ihre dunklen Parteizwecke auszunutzen.

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sich darüber entrüstet, daß die Landarbeiterschaft in erheblichem Maße radikalisiert und politisch kaum irgendwie gekühlt ist, so ist das — die Behauptung als Tatsache vorausgesetzt — ihre eigene Schuld und die der hinter dem ehemaligen Bund der Landwirte, des jetzigen Reichslandbundes, stehenden Kreise.

Die reaktionäre Presse berichtete in der letzten Zeit über eine Anzahl von Terrorakten, die sich bei den jüngsten Landarbeitersfreizeiten ereignet haben sollen.

Auf dem Rittergut Banzin i. Mecklbg. sollen während des Streiks 20 Personen auf das rohste mißhandelt worden sein.

unter der Oberinspektion des Gutes sowie der Diener und andere Persönlichkeiten. Diese Rohheitsdelikte werden sicher von keinem begünstigt und können auch einer Organisation nicht zur Last gelegt werden.

Die Organe des Reichslandbundes versuchen der Öffentlichkeit die Meinung zu suggerieren, daß die Schutzmaßnahmen der Landesregierungen gegen die angeblichen Terrorakte der Landarbeiter vollkommen unzureichend sind.

Schon die junterlichen Scharfmacherorgane Wind, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn sie Sturm ernten. Diese Folge liegt aber keineswegs im Interesse der Bewegung der Arbeiter auf dem Lande.

Groß-Berlin

Zusammenbrechende Wettkonzerne.

Die Wettkonzerne, die ihren Einzählern eine Zeitlang mühevolle Gewinne zuschanzten, müssen nach dem endlich erfolgten Zusammenfallen der Landesfinanzämter eine schwere Krise bestehen.

augenblicklich fällig sind, nachzukommen. Ich halte es daher im Interesse meiner Einzähler für das richtigste, meine Aktien zu liquidieren und den Erlös an die Gläubiger verteilen zu lassen.

Damit der Liquidator über diese Aktien verfügen kann, erteile ich ihm hiermit Generalvollmacht.

Die Wettkonzerne hätten bei ordentlicher Geschäftsführung die dem Reiche zustehenden Steuern ohne weiteres abführen müssen.

Der „Sächsische Sportkonzern G. m. b. H.“ und der „Weltkonzern Rhein-Elbe G. m. b. H.“ sind ebenfalls zusammengebrochen.

Muttermord?

Vor kurzem wurde gemeldet, daß die im Hause Gölitz, Straße 36 wohnende Frau Emilie Zwick Selbstmord verübt habe.

Kriminalkommissar Dr. Anuschat prüfte die Angelegenheit und stellte fest, daß sich der Sohn zur Zeit des Todes der Mutter mit ihr allein in der Stube befunden hat.

Die letzten Formalitäten.

Neue Polizeiverordnung über die Leichenschau.

Der Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats für die Stadtgemeinde Berlin folgendes verordnet: Die Beerdigung einer Leiche darf nur nach vorheriger Ausstellung eines Beerdigungsscheines durch das zuständige Polizeirevier erfolgen.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Sie hatte den Brief fortgeworfen, vermutend, daß er eine jener Belästigungen darstelle, denen Leute ihres Reichtums oft ausgegesetzt sind.

Jetzt suchte sie ihn hastig, ohne ihn finden zu können. Das steigerte noch ihre Nervosität. Sie rief ihr Mädchen.

Daraufhin wurde sie ruhiger. Es schien ihr auch unklug, Friedrich Saalburg schon jetzt einzuweihen. Es kam ihr zum Bewußtsein, welche Macht ihren Millionen innewohnte.

Sie trat noch einmal vor den Spiegel und sah sich mit einem Mal ganz anders. Nicht nur die Fältchen an den Augen mißfielen ihr, ihr ganzes Gesicht, schien ihr, war ediger geworden.

Sie dachte an den mit so übertriebener Sorgfalt gepflegten Badendart Friedrich Saalburgs, der auf das Gesicht eines Altersden wie ein Verfluch gepappt war, die Zeit anzuhalten.

Oh, noch einmal wollte sie fliegen! Doch wer hob sie in die Höhe? Es fröstelte sie, wenn sie den Weg sah, den so viele Menschen zu Fuß, über die holprige Erde hin, machen mußten.

Frau von Marisch sah erstaunt auf die fast unmögliche braune Farbe des Anzuges, in dem der fremde Besucher sich ihr vorstellte.

„Ich war so frei, mir für meine Zwecke eine Empfehlung zu verschaffen,“ antwortete Behrens, „die Empfehlung einer Bank, die Ihnen bekannt ist. Haben Sie die Güte, sie zu lesen.“

Frau von Marisch nahm nur widerwillig das Papier, das der Fremde ihr überreichte, und warf einen feindseligen Blick darauf.

„Wie,“ sagte sie, und ihr Staunen schlug in Verblüffung um, „Sie sind —?“

„Millionär, gnädige Frau, — ja!“ Wieder klammerte sich ihr Staunen an seinem Aeußeren fest.

„Berzählen Sie,“ sagte sie, sich schämend, und wies ihm einen Platz an, „was führt Sie zu mir?“

„Geschäfte,“ antwortete er ihr, „gemeinsame Interessen.“ Sie wurde schnell wieder mißtrauisch.

„Und ich nicht viel,“ versetzte er freimütig und in einer Art, die ihr gefiel und Vertrauen einflößte.

„Ihre Züge verzerrten sich,“ Reden Sie,“ forderte sie ihn hastig auf.

„— wenn Sie nicht unverzüglich Ihre — Beziehungen — er sprach dieses Wort langsam und mit Betonung aus und sah sie dabei in einer Weise an, die ihr alles Blut in den Kopf trieb —, — wenn Sie nicht unverzüglich Ihre Beziehungen zu Hermann Reisner lösen.“

Es entstand eine Pause zwischen ihnen, von deren Entschlüssen es abhing, ob Frau von Marisch dem Besucher die Tür weisen oder ob sie die Angst um ihr Vermögen höher als ihre Frauenehre stellen würde.

Er zog gleichmütig die Schultern hoch: „So ziemlich alles.“ „Was?“ beharrte sie hastig und stampfte zornig mit dem Fuß gegen den Teppich.

„Rein,“ sagte sie entsetzt, „wieso?“

„Wieso?“ Er, der diese Empfindung kaum noch kannte, wurde bitter.

„Er stellt etwas vor,“ sagte sie kleinlaut, „er ist einer der reichsten Männer...“

„Woher wissen Sie das? Von ihm selbst?“ „Ja.“

„Und Sie haben seine Worte nie nachgeprüft?“ „Rein.“

„Warum?“ „Weil...“ Aber sie stockte, denn sie war plötzlich hilflos und hatte die Empfindung, nackt dazustehen.

Da sprach er beruhigend auf sie ein. „Trösten Sie sich. Sie waren nicht sein einziges Opfer und ganz sicher jenes, das noch am besten bei ihm weggekommen ist.“

„Sein Geld ist weg,“ fragte sie, „verloren?“ Er nickte. „Alles.“

„Wie ist das nur möglich,“ flüsterte sie wie im Traum, „wie ist das nur möglich?“

„Ich will es Ihnen erklären,“ sagte er bedächtig, „bitte hören Sie mich an.“

Und er schilderte ihr in kurzen, scharfen Umrissen, was er in wochenlangem, mühseligem Suchen gefunden hatte.

Er berichtete: „Reisner war ein Mensch, der einem Bahn anhing, einem Wahn, der falsch war und an den er doch glaubte und der ihm soviel Stärke einblies, als er für den Anfang nötig hatte.“

„Ich will es Ihnen erklären,“ sagte er bedächtig, „bitte hören Sie mich an.“

„Ich will es Ihnen erklären,“ sagte er bedächtig, „bitte hören Sie mich an.“

„Ich will es Ihnen erklären,“ sagte er bedächtig, „bitte hören Sie mich an.“

(Fortf. folgt.)

Überhaupt nicht zugezogen worden, so hat der zur Anmeldung des Todesfalls Verpflichtete die Ausstellung des Totenscheins gegen Zahlung der gesetzlichen Gebühren bei dem zuständigen Kreisarzt oder im Unvermögensfalle nach Antrag bei dem Vertreter der Armenverwaltung bei dem Armenrat nachzusuchen.

Für Leichen, die von auswärtigen kommen, ist der Leichenpächter oder die von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Bescheinigung dem Krüster oder Friedhofsvorwarter vorzulegen.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Süße Schiebergeschäfte.

Woher kommt der Schleichhandelszucker?

Diese Frage, welche ein dankbares Forschungsgebiet für jeden Polizeibeamten darstellt, drängt sich jedem auf, der täglich in den Moabiter Gerichtssälen von den Riesenmengen Zucker Kenntnis erhält, der sich im Schleichhandel befindet. Mengen von 50, 80 und 150 Zentnern Schiebergucker, der außerdem wirklich vorhanden ist, da er beschlagnahmt werden konnte, bilden absolut keine Seltenheit, so daß in vielen Anklagesachen die bestimmte Vermutung ausgesprochen wurde, daß die Zuckerfabriken selbst an diesen Schiebergängen unbedingt beteiligt sein müssen.

Der „große Unbekannte“ als Zuckerlieferant spielte in einer Verhandlung eine Rolle, welche gestern die 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Wuchers, Schleichhandels und Handels ohne Erlaubnis waren der Kraftwagenführer Otto Schuhmacher, der Kaufmann Hans Rauch, der Geschäftsführer Kurt Winter und der Ingenieur Karl Könnemann angeklagt. — Der Angeklagte Schuhmacher, welcher bei einem Großhändler in Berlin beschäftigt ist, will angeblich auf der Straße von einem Unbekannten die Kleinigkeit von 10 Zentnern Zucker zum Preise von 9,50 M. das Pfund gekauft haben. Durch Vermittlung der Mitangeklagten wurde der Zucker schließlich einer Firma in der Gneisenaustraße angeboten, die im Interesse der Bekämpfung des Schleichhandels für die Polizei tätig ist, und als der Zucker hier geliefert wurde, traten Polizeibeamte als Abnehmer auf. Vor Gericht stellte der Verteidiger für die drei Mitangeklagten unter Beweis, daß diese nur 13 Pfennige pro Pfund zusammen verdient hätten, so daß bei ihnen lediglich Handel ohne Erlaubnis, nicht aber Schleichhandel in Frage komme. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und verurteilte die Drei zu je 300 Mark Geldstrafe. Dagegen wurde Schuhmacher zu 3 Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Moderner Einbruchsbetrieb.

Ein Geldschrankeinbruch nach „exakt-wissenschaftlichen“ Methoden bei der Schiffahrtsgesellschaft „Oden“ am Kronprinzenufer, bei welchem den Tätern 204 000 Mark Bargeld in die Hände gefallen war, hatte gestern ein Nachspiel vor der 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl waren der Hausverwalter Alfred Bredo und der Techniker Friedrich Runert.

Der Plan zu dem Geldschrankeinbruch war von einem Arbeiter Max Lade, einem Händler Max Köpfe und einem trotz der ausgeübten hohen Belohnung unermittelt gebliebenen Schwerverbrecher „der Moabiter Billy“, ausgegangen. Der Einbruch selbst wurde monatelang methodisch vorbereitet. Köpfe ging allwöchentlich mit einer Aktentasche unter dem Arm, als wenn er dort beschäftigt sei, in das Haus der Schiffahrtsgesellschaft, orientierte sich dort über die Lage der Räume und ließ sich auch mehrmals des Abends einschließen, um die Nacht mit „Studien“ zu verbringen. Nachdem so wochenlang mit der Genauigkeit eines physikalischen Experimentators alle Möglichkeiten bis ins kleinste gegeneinander abgemessen worden waren, schritt man zu Tat. Mit großen Geldopfern waren zwei Stahlschlösser mit Sauerfuss und diffusen Ätzmitteln, ein Dräger-Bohrgasbrenner, Bohrer und „Knabberer“ beschafft worden und mit diesem nach den neuesten Erfindungen der modernen „Einbruchwissenschaft“ ausgestatteten Material, welches in einem eleganten Ledertasche verpackt war, wurde der Einbruch ausgeführt. Die Haupttäter erkranten sich jedoch nicht lange ihres Raubes, denn schon einige Wochen später wurden sie verhaftet und im Februar zu 6 bzw. 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. — Die jetzigen Angeklagten waren damals als Hausverwalter bzw. Elektrotechniker bei der Schiffahrtsgesellschaft angestellt gewesen und sollen, wie die Anklage behauptet, in den Plan eingeweiht gewesen sein. Für sie machten die Verteidiger geltend, daß sie abends in einem Lokal Klavier gespielt und dort den Lade, der ebenfalls ein guter Klavierspieler sei, kennen gelernt hätten. Lade habe sich ihnen unter dem Deckmantel der Musikliebhaberei genähert und sie dabei in geschickter Weise über die Lokalitäten ausgehört. Das Gericht mußte den Entlastungsanträgen der Verteidigung stattgeben und die Sache verurteilen.

Klavierdiebe.

Eine Bande von Klavierdieben treibt seit einiger Zeit in Berlin ihr Unwesen, sie hat es besonders auf Schankwirte abgesehen, die nicht bei ihrem Geschäft wohnen. Die Verbrecher, vier bis fünf Mann, fahren dreist früh morgens, wenn die Wirte gerade in ihrer Wohnung noch schlafen, vor den Wirtschaften vor, brechen von der Seite oder von hinten ein, öffnen dann von innen den Rollvorhang an der Tür, tragen mit Eile die Instrumente hinaus, laden sie auf und fahren davon, als ob alles in bester Ordnung sei. So hat die Bande schon vor den Augen von Hausbesitzern, Wächtern und Polizeibeamten geschlozene Klavierschänke unangefochten weggeschafft, weil alle Leute glauben, daß es sich um einen von dem Wirte selbst angeordneten Transport handele. In der Regel nimmt sie auch noch einpaar Flaschen Cognac mit, um sich unterwegs stärken zu können. Alles andere dagegen läßt sie unberührt stehen. Zu fünf Einbrüche dieser Art sind der Kriminalpolizei bereits gemeldet worden. Es ist aber noch nicht gelungen, eins der gestohlenen Instrumente, die jetzt 10- bis 15 000 M. wert sind, wiederzufinden. Aber Wahrscheinlichkeit nach „arbeitet“ die Bande auf Bestellung, sobald sie nicht erst nach einem Abnehmer zu suchen braucht. Wer über diese „Spezialitäten“ und den Verbleib ihrer Bestände etwas mitteilen kann, wird erwidert, sich bei der Dienststelle B I und II, Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Wegelagerer.

Gestern abend wurde der Techniker Georg Mathias in der Köpenicker Straße von dem Schiffer Wilhelm Schulz ohne jede Veranlassung überfallen. Mathias rief sofort um Hilfe, so daß der Täter die Flucht ergriff. Er wurde von Schutzpolizisten verfolgt und dingfest gemacht.

Um 11 1/2 Uhr nachts erschien die 58 Jahre alte Frau Auguste R. aus der Christstraße auf der Elisabethstraße und teilte mit, daß sie kurz zuvor am Friedrich-Karl-Ufer von drei Männern überfallen und ihrer Handtasche mit 600 M. Inhalt beraubt worden sei. Sofort angeforderte Nachforschungen nach den Tätern blieben ergebnislos.

In der Rosenthaler Ecke der Linienstraße rief gestern abend ein Schuh eine Panik unter den Passanten hervor. An dem genannten Ort war der 28 Jahre alte Tischler John Guatowski mit mehreren Männern in Streit geraten. Wütend zog er seinen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf seine Gegner ab, der zum Glück aber niemand verletzte. Dann ergriff er die Flucht, wurde aber verfolgt und von einer Streife der Schutzpolizei festgenommen.

Die leidigen Steuerkarten.

Vor Monaten wurden amtliche Aufforderungen erlassen, nach denen die Arbeitnehmer sich mit ihren Steuerkarten bei den zuständigen Steuerbehörden melden sollten. Die Steuerhebestellen waren angewiesen, die geleisteten Marken zu prüfen, zuzustellen und den Steuerkarteninhaber eine Empfangsbescheinigung über die entnommenen Wertzeichen zu verabfolgen. Abgesehen von der großen Arbeit, welche durch die Art des Steuerabzuges entsteht, fühlen sich einige Steuerhebestellen bemüht, die Arbeitstufen herabzumindern bzw. den Steuerapparat möglichst schmerzhaft zu gestalten. Wenn die Steuerhebestellen in ihrer jetzigen Form auch etwas Neues ist, so kann es nicht verstanden werden, daß der geheiligte Bürokratismus in unserem jetzigen Staatsgebilde noch in vollster Blüte steht. Einige Steuerhebestellen, nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich, rechnen den Gesamtwert der geleisteten Steuermarken auf und fragen nicht danach, ob die entwerteten Marken bis April, Mai oder Juni 1921 gelten. Die Empfangsbescheinigungen sind dann in der Art ausgestellt, daß es heißt: Bis zum 31. März 1921, also für das verlossene Steuerjahr, sind die Anzahl von Marken, und für die Zeit vom 1. April 1921 bis zur Zeit der Herausnahme der Marken ist jene Anzahl von Marken vermerkt. Einige Steuerhebestellen besonders hier in Berlin weisen die Arbeitnehmer häufig mit dem Bemerkens zurück, daß sie die Steuermarken nur bis zum 31. März 1921 aus der Steuerkarte entfernen, aufrechnen und bestätigen. Kommt es nun vor, daß mit dem Schlusse des Kalenderjahres das jeweilige Markenblatt nicht vollgeklebt ist, so empfindet es sich aus Sparmaßregeln, wozu doch aller Grund vorhanden ist, auf demselben Blatt weiterzukleben. Anstatt nun die Empfangsbescheinigung fimgemäß vorzugeben, werden unnötige Käuferzeiten verbunden mit Unkosten usw. verursacht. Dies ist ein Widerwärt, der sich bei einigermaßen gutem Willen vermeiden läßt. Wenn einige Steuerhebestellen auch heute noch auf den alten Weisheiten in der Steuerkarte hinweisen, so bedeutet das nichts weiter, als an dem Ziel vorbeizugreifen. Denn bekanntlich ist die vorjährige Steuerhebestellung bereits durch die verschiedenen Novellen überholt. In dem angezogenen Beifaden ist auch gesagt, daß jeder Arbeitnehmer sich vor Beginn des neuen Steuerjahres eine neue Steuerkarte ausstellen lassen soll. Würde dies wörtlich befolgt, so könnte von einer sparsamen Wirtschaftsweise keine Rede sein. Pflicht der Finanzämter dürfte es sein, dafür Sorge zu tragen, daß fürs Deutsche Reich auch bei der Abgabe der entwerteten Steuermarken einheitliche Bestimmungen gelten, damit von den Steuerzahlern die Handhabe unverständlicher Bestimmungen nicht als eine Befristung empfunden wird.

Sabotage in der Schuldeputation.

Ein Nachrichtenbureau, das Beziehungen zum Berliner Ratshaus hat, meldet folgendes:

Zu einem vorzeitigen Schluß gelangte am Dienstag die städtische Schuldeputation unter dem Vorsitz des Oberstadtschulrats Poulsen. Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende Punkte: „Kollegiale Aufstellung“ und „Endgültige Anstellung von Direktoren, Rektoren, Studienräten usw.“. Von einer Seite wurde der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht, daß diese Tagesordnung gegen die Notverordnung vom 2. d. M. verstoße, wonach nur regelmäßige und nicht ausserordentliche Vorlagen beraten und erledigt werden dürften. Der Vorsitzende war anderer Ansicht, worauf die Mehrzahl der Mitglieder die Sitzung verließen und diese beschlußfähig wurde.

Offenbar wollten Mitglieder der rechten Seite die in der Notverordnung gegebene Handhabe benutzen, die Arbeit der Schuldeputation zu verhindern, weil ihnen eine Beschlussfassung über die genannten Beratungsgegenstände unerwünscht gewesen wäre. Gegenüber dem Widerstand des Vorsitzenden griffen sie dann zu dem einfacheren Mittel, die Sitzung beschlußunfähig zu machen.

Warum ein Wohnungsamt vorläßt.

Für all die alten und neuen Verwaltungsstellen, mit denen wir gesegnet sind, ist immer noch St. Bürokratismus der Schutzheilige. Ihm bringen sie ihre Opfer dar — und die Opfer sind die Bedauernswerten, die den Verwaltungen in die Hände geraten. Beim Wohnungsamte Lichtenberg war seit etwa acht Wochen ein Wohnungsuchender aus Berlin S. eingeschrieben. Dieser Tage erhielt er aus Lichtenberg eine gedruckte Postkarte mit dem Ersuchen, „wegen Wohnungsnachweises“ beim Wohnungsamte in Zimmer 9 vorzusprechen. Am Kopf der Postkarte stand der Vermerk: „Diese Mitteilung ist zum Termin mitzubringen.“ Als der hoffnungsvolle Wohnungsucher zum Termin kam, hatte man ihm lediglich zu sagen, daß er eine Wohnung nur durch Tausch erhalten könne. Darum mußte er 2 Mark Fahrgehalt ausgeben und 2 1/2 Stunden unterwegs sein! Hätte man ihm diesen Bescheid nicht sogleich durch Postkarte geben können?

Schon wieder Schiffe auf einen Vorortzug. Gestern nachmittags gegen 4 1/2 Uhr wurde der Personenzug Nr. 2477, der sich auf der Fahrt von Potsdam nach Erkner befand, zwischen den Stationen Friedrichshagen und Radnorf vom Walde aus beschossen. Eine Kugel geriet in das Fenster eines Wagenabteils II. Klasse, richtete aber keinen weiteren Schaden an. Eine Streife der Schutzpolizei suchte sofort den Wald ab, konnte aber keine Spur des Täters finden.

Eine Scherztrügler. In einem Fremdenheim in der Invalidenstraße erschöpfte gestern morgen 7 Uhr der Unterwachtmeister der Schutzpolizei Gustav D. seine Ehefrau und jagte sich eine Angel in die rechte Schläfe, die ihn auf der Stelle tot niederstreckte. Als man beide auffand, lag die Frau entleert im Bett, D. selbst am Fußboden. Auf dem Tisch lagen kreuzweis übereinander gelegt der gezogene Degen und die dazugehörige Scheide, gekümmert mit einem Trauerflor und seine Dienstmägde. Ein Brief an die Eltern des D. wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Mutter Stern (ihre eigentliche Name war Frau Pauline von Jelowskij), eine in Berliner Buchdruckereien gut bekannte Original, ist am 16. d. Mts. im Alter von 84 Jahren gestorben. Ueber 45 Jahre lang hatte Mutter Stern bis ins hohe Alter Woche für Woche in Berliner Druckereien ihren Umgang, die Buchdrucker mit ihrem Kleinkram versorgend, Leid und Freude der Arbeiter teilend. Sie sah auf ihren Gängen keine Buchdruckereien zu Knechtbetrieben sich entwickeln und vereinzelt auch große, isoliert unerschütterlich dastehende Geschäfte dem Verfall entgegenen. Nun ist auch diese Verbindungsperson zwischen den Berliner Buchdruckerpersonalen vom Schicksal des Todes abgerufen worden. Die Berliner Buchdrucker werden sicher ihr Andenken ehren! Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. d. Mts., nachm. 4 Uhr, auf dem Kreuzfriedhofe in Mariendorf, Eilenacher Str. 62, statt.

Am dem Schallsteck in Staaken nahmen zahlreiche Kinder teil. Unter Führung ihrer Lehrer machten sie in Spandau und Staaken Spaziergänge.

Befestigung des germanischen Reitergrabes in Neukölln. Die Eröffnung der heimatkundlichen Abteilung des Schulmuseums im Körnerpark findet am Sonntag, den 21. August, um 4 Uhr statt. Das Museum wird für einige Wochen zwecks Befestigung des Reitergrabes täglich von 4—7 Uhr nachmittags gegen ein Eintrittsgeld von 20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder geöffnet sein.

Fahrplanverbesserung der Linie 65 nach der Köpenicker Heide. Vom Dienstag, den 16. August, ab werden täglich zwei weitere Wagen der Linie 65 bis Köpenicker Heide durchgeführt und zwar verkehren diese Wagen ab Köpenicker Heide 6 45 und 7 45 vormittags. Damit hat die Straßenbahn vielen berechtigten Wünschen entsprochen und den im Wohnviertel „Köpenicker Heide“ wohnhaften Einwohnern die Möglichkeit gegeben, ihre Arbeitsstätten in Neukölln um 7 und 8 Uhr pünktlich zu erreichen.

Die 104. Proffkommission, Christburger Str. 7, wird am 19. August nach Christburger Str. 14 verlegt und dortselbst mit der 86. Proffkommission vereinigt. Die vergrößerte 86. Proffkommission wird vom Rektor Scholz geführt und am 20. August eröffnet.

Sänglings-Fürsorgestelle Nowawes. Zahlreichen Wünschen für Klein Kinder, das sind Kinder vom vollendeten 1. Lebensjahr bis zum Beginn des schulpflichtigen Alters, eine gesonderte (3. Sprechstunde) in der Woche eingerichtet. — Für Säuglinge, das sind Kinder bis zum 1. Lebensjahr, finden die Sprechstunden wie bisher Dienstags und Freitags von 2—3 Uhr statt, während für Klein Kinder die Sprechstunde auf Donnerstag von 2 bis 3 Uhr festgesetzt ist. Ort: Gemeindeschule IV, Scharnhorststraße.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 17. August:

81. Vbt. Friedmann. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gesellschaftsraum des Friedmann Rathauses. Stellungnahme zu den Groß-Berliner Neuwahlen. Ref. Gen. Ramowski. Die Bezirksführer treffen sich daselbst um 7 Uhr.

103. Vbt. Oberscharnweide. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Reichenhof des Realgymnasiums. Wichtige Tagesordnung, datum vollständiges Erscheinen.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 17. August:

54. Vbt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr im „Birnbäum“, Goltmannstr. 13. Thema: „Die Lebensmittellieferung und die benachteiligten Stadtverordnetenwähler“. Ref. Gen. Zolt. Gäste willkommen.

Morgen, Donnerstag, den 18. August:

6. Vbt. Köpenicker Vor. Arbeitsgemeinschaft. 7 1/2 Uhr Sitzung bei Feinze, Pfaffenstraße 37. Interessenten willkommen.

17. Vbt. Lichtenberg. 7 Uhr Kreisleiterversammlung in der Aula der Schule Markstr. 10. Thema: „Die nächste Stadtverordnetenwahl“. Ref. Genosse Koblentz.

123.—120. Vbt. Prenzlau. 7 1/2 Uhr Versammlung aller drei Abteilungen im großen Saal von Prenzlau, Breite Straße. Thema: „Rommunalswahlen“. Erscheinen wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

121. Vbt. Niederschönhausen. 7 Uhr gemeinschaftliche Versammlung sämtlicher Funktionäre und Ortsleiter der sozialistischen Parteien im Restaurant „Waldschloß“, Kaiser-Wilhelm-Str. 64. Thema: „Die politische Gemeindefortschritte“. Ref. Gen. Lehrer Jensen.

122. Vbt. Wilmannsberg. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Ring, Dorfstraße. Thema: „Die Stadtverordnetenwahl“. Ref. Stadtverordneter Dr. Otkowski.

Zentraler Beiratsrat der Ortsvereine. Sitzung abends 6 1/2 Uhr in der Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 2.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 18. August:

79. Vbt. Schöneberg. Zu dem Ausbruch der Frauen treffen sich unsere Genossinnen mit Familie pünktlich 2 1/2 Uhr Bahnhof Reichenhagen-Str. 10. Allgemeines Kaffeestunden in der „Alten Kaffeebühne“. Wir erwarten zahlreiche Teilnehmerinnen. Auch die Genossen sind herzlich eingeladen.

85. Vbt. Kämpfel. 7 1/2 Uhr bei Buchholz, Friedrich-Engels-Straße, Ecke Kaiserin-Augusta-Straße. Thema: „Stadtverordnetenwahl“. Ref. Genossin Clara Böhm-Schub.

Veit. Elternbeiratswahlen. Einforde gegen die Minderliste sind bis Sonnabend, den 20. August, bei den jeweiligen Schulleitern anzubringen; anschließend sind hierüber die Wahlberechtigten zu informieren; die Wahlberechtigten sind die Eltern der Kinder in der 1. Klasse, Chausseestraße, Wahlberechtigter Willi Schmitt, Pflanz-Allee 43; bei der 2. Klasse, Bürgerstraße, Wahlberechtigter Wedert, Chausseestr. 73; bei der 3. Klasse, Hannemannstraße, Wahlberechtigter Franz Kuntze, Bahnh. 72. Freitag, 19. August, abends 7 1/2 Uhr, städt. Stadtschulinspektor Radtke über „Schule und Sozialismus“ in der Aula der 1. Schule.

Heute abend 7 Uhr Handballturnier. Treffpunkt: Kipf, Germania-Tempelhof.

Jungsozialisten. Gruppe Prenzlau. Mittwoch, den 17. August, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Breite Str. 20 (hinten dem Finanzamt), Vortrag über: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: EM. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Wpl. 121 06—18.

Eine Funktionärenkonferenz findet am Donnerstag, den 18. August, abends 7 Uhr, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 15, statt. Bericht von der Reichskonferenz. Durch die Abteilung abgeordnete Ausweise mitbringen.

Heute, Mittwoch, den 17. August:

Kommunistenweg. Schule Markstr. 10, Vortrag: „Schiffbrand auf hoher See“. — Schöneberg. Schule Dalmatiner, Vortrag: „Aktion des Christentums“. — Friedrichshagen. Rummelsburger Str. 64, Vortrag: „Humor in der Diktatur“. — Kämpfel. Schule Köpfe, 25. Vortrag: „Ehrenfunde“. — Lichtenberg. Parf. 10, Vortrag: „Reformschul“. — Wahlberecht. Schule Wilmannsberg, Vortrag: „Ehrenfunde“. — Prenzlauer Vorort. Generalsekretariat 6, Vortrag: „Die russische Revolution 1917“. — Kämpfel. Germania-Tempelhof, Vortrag: „Die deutsche Jugend“. — Wedding. Müller, Ecke Teufelsdr. Vortrag: „Natur und Wandern“. — Westf. Kurfürststr. 14, Vortrag: „Schachspiel“.

Aus aller Welt.

Der „Wunderarzt“ Schäfer ist in Radbruch im Alter von 73 Jahren gestorben.

Das Grab in den Wäldern. Die Leiche des britischen Admirals Charles Cooper Perce Fitzgerald, der vor einigen Tagen gestorben ist, wurde seinem Wunsche entsprechend unter militärischen Ehren in der Höhe von Folkestone nach Seemannsart dem Meere übergeben.

Brennende Kohlenbunker auf hoher See. Nach einem drahtlosen Bericht ist in zwei Kohlenbunkern des Dampfers „Saxon“ von England nach Kapstadt Feuer ausgebrochen. Das Schiff wird in London zurück erwartet. Unter den Passagieren befindet sich General Smuts.

Deutsche Kinder in der Schweiz. Montag traf in Bern ein Sonderzug ein, der über 700 deutsche Kinder zu mehrwöchigem Aufenthalt nach der Schweiz bringt. Sie werden zum Teil in Freizeiten in schweizerischen Familien, zum Teil in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission untergebracht. Es ist dies der 50. Zug, den diese segensreiche wirkende Vereinigung in Gemeinschaft mit ihrer von Prof. Dr. Abderhalden geleitete deutsche Zentralfstelle in Halle a. d. S. organisiert hat. Nach und nach sind in der Schweiz auf diese Weise über 25 000 deutsche Kinder untergebracht worden. Darunter befindet sich eine erhebliche Anzahl von tuberkulösen Kindern, die durch Kuren von drei Monaten bis zu einem Jahre in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission gerettet werden können. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden hauptsächlich in Amerika, außerdem auch in England, Dänemark und Spanien aufgebracht. Auch der Papst hat sich mit erheblichen Mitteln beteiligt. Ehrenpräsident der schweizerisch-deutschen Hilfskommission sind der deutsche Gesandte in Bern, Genosse Dr. Adolf Müller und der schweizerische Gesandte in Berlin.

Her mit der Steuer! Auf dem Wiener Rennplatz gab es große Aufregung. Bei zwei Budapest Sportsleuten erschien plötzlich ein Steuerbeamter, um von ihnen auf dem Gerichtswege eine Sicherstellung in Höhe von 400 Millionen Kronen zu verlangen. Es handelte sich um rückständige Steuern resp. Steuerstrafen. Die beiden in Betracht kommenden Sportsleute Sporas und Was haben inzwischen die Flucht ergriffen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesgefangener (Beiratsgruppe „Silber“). Versammlung mit gemeinsamer Beiratskonferenz am Donnerstag, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, in den „Wäldern“, Friedrich-Engels-Str. 10. Themen können zur Sitzung mitgebracht werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Berliner Milchhaus Moritz Dieckhoff, Eidenstr. 25, empfiehlt einen großen Vollen hervorragend gebackener Speise-, Herren- und Schlafmützen zu billigen Preisen. Wir verweisen auf das heutige Inserat obiger Firma.

Weiterbericht bis Donnerstag mittag: Zunächst etwas milder, größtenteils trocken und ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; später im Westen etwas Trübung und leichte Regenfälle, Richtung Westwin.

Wirtschaft

Der Spielball der Spekulation.

Ausländische Wechsel, die Zahlungsmittel für die Einfuhr der dringend benötigten ausländischen Lebensmittel und für die Erfüllung der Wiedergutmachungsschuld, sind heute der Spielball der wüsten Spekulation. In der gestrigen Börse schnellen die Kurse unter großen Schwankungen in die Höhe, während nach Börsenschluß wieder ein Rückgang der Preise für Dollarnoten stattfand. Die amtlichen Notierungen für fremde Wechsel zeigen ein Heraufschneiden des Dollarpreises um 5 M., die übrigen Zahlungsmittel haben sich in ähnlichem Verhältnis verteuert. Man zahlte für:

	am 28. 7.	1. 8.	12. 8.	15. 8.	16. 8.
100 holl. Gulden	2477,50	2475,—	2557,40	2657,90	2882,10
1 Pfd. Sterling	289,70	288,57	302,50	314,90	348,15
1 Dollar	81,03	80,91	82,53	85,01	90,60
100 französl. Fr.	620,85	619,95	643,85	674,90	605,90
100 schwed. Kr.	1821,15	1831,15	1888,00	1456,—	1408,80
100 österr. Kr.					
abgetempelt	9,13	9,23	10,48	10,18	10,88
100 tschech. Kr.	101,25	101,60	101,75	102,10	103,85

Es ist dringend zu fordern, daß den Deuten, die im Spekulationsstau mit den wichtigsten Werten der deutschen Wirtschaft Schindluder treiben, einmal gründlich das Handwerk gelegt wird. Die Exporteure, die die Erzeugnisse der deutschen Arbeitskraft am Weltmarkt mit gutem Gewinn verkaufen, liefern die Devisen nicht ab, und an den geringen Beständen des Marktes tobt sich die ungehemmte Spekulation aus. Ob dadurch die Lebenshaltung des Volkes verteuert, die Zahlung der Reparationen erschwert wird, danach fragt man nicht. Im Gegenteil, die Entwertung des Geldes im Ausland reizt auch die Spekulation in deutschen Industriepapieren an. Die Kupferteile bei den Banken haben sich beratt gehäuft, daß man in dieser und der nächsten Woche drei weitere Börsenfeiertage einzuführen gezwungen ist. Warum wird auf die Devisen- und Aktienpekulation nicht eine Steuer gelegt, die wenigstens dem Reich aus den ungeheuren Umsätzen der Börse eine ergiebige Einnahmequelle erschließt?

Geldersparnis — Arbeitsvergeudung.

Wir erhalten folgende beachtenswerte Zuschrift: Deutschland braucht zum Aufbau nicht bloß die zweckmäßigste Ausnutzung seiner Sachgüter, sondern vor allem die planvolle Verwendung seiner menschlichen Arbeitskräfte. Jeder muß an der Stelle seinen Arbeitsplatz finden, an der gerade er am meisten leisten kann. Das Reichsarbeitsministerium hat aus dieser Erkenntnis vor Jahresfrist einen Reichsausschuß für Arbeitswissenschaft begründet, um mit den wertvollen Methoden der Arbeitswissenschaft das Ziel möglichst weitgehend zu verwirklichen, daß jeder entsprechend seinen Anlagen in den richtigen Beruf gelange und im Beruf wieder die Spezialarbeit fände usw. Leider ist diese wichtige, aus hervorragenden Gelehrten zusammengesetzte Zentralstelle bisher nicht in Tätigkeit getreten, da das Finanzministerium hierfür keine Mittel zur Verfügung stellte. Es ist nicht recht zu verstehen, warum die geringen Aufwendungen dafür getrieben wurden, während ungewöhnlich an sehr vielen Stellen nebeneinander ohne Vereinheitlichung gearbeitet wird.

Deutschland ist jetzt nicht reich genug, um durch Streichung von wenigen 100 000 M. sich Arbeitswerte von vielen Millionen entgegen zu fassen. In Berlin allein haben nach den Angaben des Direktors der städtischen Straßenbahnen diese durch arbeitswissenschaftliche Schulung ihrer Angestellten im letzten Jahre 12 Millionen Mark erspart. Es wäre Sache des Reichstags, darauf zu drängen, daß endlich einmal bei uns, wie in Amerika, für die Arbeitswissenschaft, die drüben die ganze Industrie umgestaltet hat, Mittel gewährt werden und im Reichsarbeitsministerium diese Zentralstelle, die allein das volle Vertrauen der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber hat, bald an ihre wichtigen Aufgaben gehen kann.

Zündholzpreise und Steuererhöhung. Die Nachricht von der geplanten Verdoppelung der Zündwarensteuer hat eine stürmische Nachfrage von Zündhölzern hervorgerufen. Die Befürchtung einer erheblichen Verteuerung der Zündwaren infolge einer erhöhten Steuer ist jedoch nicht begründet. Die Zündholzfabriken entrichten nämlich jetzt an den sogenannten Ausgleichsschlag eine Umlage, und zwar den gleichen Betrag, wie ihn die beabsichtigte Steuererhöhung ausmacht. Diese Umlage würde aber sofort nach Einführung der Steuererhöhung fortfallen, so daß diese letztere hierdurch ausgeglichen wird. Die überflüssigen Käufe von Zündhölzern gehen also von falschen Voraussetzungen aus und sie erscheinen durchaus unerwünscht. Durch sie kann nur der Zündwarenpreis unberechtigterweise vorübergehend ungesund gesteigert werden. Die Zündwarenindustrie könnte überdies infolge der jetzt überreichlichen Auffüllung der Handelslager und die Vorratserhaltung der Verbraucher später mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Ziegelkapitalismus und Lehmbau. Wir erhalten von der Pressestelle des „Deutschen Ausschusses zur Förderung der Lehmbauweise“, einer Vereinigung fast aller an dem Siedlungs- und Bauwesen interessierten Reichs- und Landesbehörden sowie namhafter privater Fachleute, folgende Zuschrift: „An der Tagespresse wird gegenwärtig — anscheinend von interessierter Seite — eine Notiz verbreitet über eine öffentliche Versammlung, die in Sorau N.-L. stattgefunden hat, in der sich die allgemeine Stimmung gegen den Lehm- und Ziegelbau entschieden haben soll. Es handelt sich hier, wie in den Notizen geflüstert wird, um eine Versammlung des Märkischen Zieglerverbandes, in der gegen den Lehm- und Ziegelbau nur Ziegelindustrieller und anderweitige Personen, die mit der Ziegelindustrie in unmittelbarem Zusammenhang stehen, gesprochen haben. Eine öffentliche Versammlung kann naturgemäß eine derartige Frage nicht klären. Die Entscheidung, ob Lehm- und Ziegelbau, richtiger gesagt: Lehm- und Ziegelbau, wird weder eine öffentliche Versammlung, noch ein Schiedsgericht entscheiden können, da sie allein von der weiteren Entwicklung unseres Gesamtwirtschaftslebens abhängt.“

Die russischen Handelsbeziehungen mit Deutschland. Die sowjet-amtliche Wirtschaftszeitung „Ekonomschaja Schiza“ veröffentlicht ein Interview mit dem russischen Handelsvertreter in Deutschland. Bei großen deutschen Firmen sind bedeutende Aufträge gemacht worden. In industriellen Kreisen sind die Aufträge der Sowjetregierung sehr gesucht. Die Durchführung der Transporte ist durch die Gründung einer deutsch-russischen Gesellschaft sichergestellt. Diese Gesellschaft wird 700 deutsche Lokomotiven, fünf Millionen Pfd Eisenbahnschienen und eine große Menge landwirtschaftlicher Geräte und dergleichen nach Rußland befördern. Ein glücklicher Umstand ist die Kenntnis des russischen Marktes, welche die deutschen Industriellen mit ihrem Interesse an den Handelsbeziehungen mit Rußland verbinden. Außerdem zeigt Deutschland großes Interesse für russische Rohstoffe, wie Raphtha, Pelze usw.

Eine Landarbeitersilbe. In Hartfordshire, etwa 20 englische Meilen von London entfernt, wird, wie das Internationale Arbeitsamt mitteilt, die praktische Anwendung des Genossenschaftsprinzips in der Landwirtschaft versucht. Es soll eine neue Gartenfeldung gegründet und in Verbindung damit Landbau betrieben werden. Den Anfang damit will man im Herbst d. J. machen. Die Söhne der Silbe folgen im großen und ganzen jenen der Bauerngenossenschaften. Betriebsüberschüsse dürfen auf keinen Fall als Dividenden verteilt werden. Die Mitgliedschaft ist auf Gewerkschafter beschränkt, die dauernd für die Silbe arbeiten und je einen Anteil an dem Nominalwert von einem Schilling übernehmen. Andere Personen bekommen Anteilsscheine nicht. Gelegenheits- und Saisonarbeiter als Mitglieder in die Silbe aufzunehmen, ist vorläufig nicht möglich. Eines der Probleme, die zu lösen sind, besteht darin, zu Zeiten, wenn die Mitglieder nicht voll beschäftigt sind, andere Arbeiten für sie zu finden. Die Überschüsse sollen zur Bildung einer mehr umfassenden Silbe verwendet werden. Die normalen Gewerkschaftslöhne sollen als Mindestlöhne gezahlt werden. Für besonders gute Leistung Zuschläge zu gewähren, ist nicht in Aussicht genommen.

Die polnisch-tschechischen Wirtschaftsverhandlungen beginnen Mitte August. Sie werden von einer Handelskommission in Warschau und einer Finanzkommission in Prag geführt werden.

Soziales.

10. Internationaler Genossenschaftskongress in Basel.

k. r. Nach achtjähriger Pause tritt am 22. August 1921 das Parlament der Internationalen Genossenschaftsbewegung zu mehr-tägigen Verhandlungen in Basel zusammen.

Der Ausbruch des Weltkrisenjahres 1914 und seine Nachwirkungen verhinderten bis auf die Gegenwart die Internationalen genossenschaftlichen Tagungen, wenn auch erfreulicherweise während der langen Dauer der Kriegsverhältnisse die internationalen Beziehungen der dem Genossenschaftsbund angeschlossenen nationalen Genossenschaftsverbände nicht zerbrochen worden sind. Selbst in schwerster Kriegszeit ist die Entwicklung der internationalen Genossenschaftsbewegung im allgemeinen nicht zum Stillstand gekommen, abgesehen von den unmittelbaren von der Kriegsurteil in Mitteleuropa gezogenen Ländern und den deutschen Konsumgenossenschaften, die unter der Bevormundung einer verplebten Bürokratie sehr zu leiden hatten. Nach Kriegsende hat der Genossenschaftsgebäude erneut seinen Siegestauf begonnen. Mit Eintritt des Friedenszustandes nahm auch sogleich die Zentralleitung des Internationalen Genossenschaftsbundes ihre Tätigkeit wieder auf. Wertvolle Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der internationalen Genossenschaftsverbindungen leisteten die im Februar 1919 in Paris tagende Interalliierte Genossenschaftskonferenz und die im Juni gleichen Jahres ebenfalls in Paris stattgefundenen Interalliierte und Neutrale Genossenschaftskonferenz, ferner die Sitzungen des Zentralvorstandes des IGB in Genf im Herbst 1919, im Haag im Oktober 1920 und in Kopenhagen im April 1921. An der Sitzung im Haag im Oktober 1920 nahmen zum ersten Male nach Kriegsende wieder die deutschen Vertreter im Zentralvorstand, H. Kaufmann und H. Lorenz, Anteil. Als Produkt dieser Beratungen liegt dem 10. Internationalen Genossenschaftskongress in Basel ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor; des Wichtigsten sei hier Erwähnung getan: 1. Bericht über die Tätigkeit des IGB seit dem Glasgower Kongress (1913—1921); 2. Revision der Satzungen des IGB; 3. die Revision der Glasgower Friedensresolution und die Prinzipien internationalen Rechts im Sinne des Genossenschaftswesens; 4. Die internationale Genossenschaftspolitik, wie von den interalliierten und neutralen Konferenzen in Paris entworfen; 5. die zwischen dem IGB und einer internationalen Großkaufmannschaft herzustellenden Beziehungen (Referent: H. Kaufmann-Hamburg); 6. Die Beziehungen zwischen Genossenschaftern und Gewerkschaftern. Des weiteren erfolgt Stellungnahme zum „Internationalen Arbeitsbureau“ und dem „Völkerbund“.

Der IGB wird ein internationales wirtschaftspolitisches Programm aufstellen, das die Genossenschaften der ganzen Welt vereinigt, das erstrebte Gemeinwohl fördert, und auf das politische und soziale Leben in allen Ländern nicht ohne Einfluß bleiben wird. In diesem Geiste wird der 10. Internationale Genossenschaftskongress in Basel seine Arbeiten aufnehmen und zu Ende führen, getragen von dem Bewußtsein seiner Zweckbestimmung: „In voller Selbstständigkeit und Kraft eigener Mittel das bestehende Regime der auf dem Konkurrenzkampf begründeten Privatwirtschaft durch eine genossenschaftliche, die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmende, auf Gegenseitigkeit und Selbsthilfe beruhende Organisation zu ersetzen.“

Wir werden über die Verhandlungen am Schluß zusammenfassend berichten.

Kein Witwengeld bei Ehen nach erfolgter Pensionierung.

Auf ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten vom 4. April 1919 hat der Reichspostminister folgendes geantwortet: „Nach einer Mitteilung des für allgemeine Beamtenfragen zuständigen Herrn Reichsministers des Innern ist die Einbringung eines Gesetzes, durch das der Witwe und den hinterbliebenen Kindern eines ausgeschiedenen Beamten aus solcher Ehe, welche erst nach der Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen worden ist, Witwen- und Waisengeld zugebilligt wird, nicht beabsichtigt, zumal sich auch der Unterausschuß des Reichstags fast einmütig aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine solche Versorgung ausgesprochen hat.“

Im 82. Lebensjahr verschied am 12. August unserer früherer hochverehrter Seniorchef.

Herr Geheimer Kommerzienrat Julius Valentin

Der Heimgegangene ist uns stets ein würdiger und guter Chef, sowie bis zu seinem Lebensende ein Vorbild des Fleißes gewesen.

Wir werden sein Andenken hoch in Ehren halten.
Berlin, den 17. August 1921. [3724b]

Die Arbeiterschaft der Firma Valentin vorm. H. Rosenthal Röhren u. Eisen- G. m. b. H.

Seine morgen entfällt samt nach längeren Jahren meine liebe Frau und treue Lebensgefährtin

Auguste Fuchs

geb. Thiele,
Charlottenburg, d. 15. 8. 1921,
Schillerstr. 44. 97296

Hermann Fuchs.
Beerdigung am Freitag, den 19. August, 10 Uhr, in Stahnsdorf, Abfahrt Charlottenburg 2.30 Uhr.

Bekanntmachung.

Betrifft Siedlungshäuser.

In der „Siedlung am Bahnhof Friedrichshagen“ (s. den Weg des Wiederaufbaus bis 1. 9. d. J. nach einige Siedlungshäuser vorzugsweise an Verheiratete, Kriegsteilnehmer und kriegsbedingte Familien zum Verkauf gestellt werden, welche in der Lage sind, etwa eine 30prozentige Anzahlung in Höhe von ca. 30—35 000 M. zu leisten. Die gegenwärtige Wohnung muß für Zwecke der Weitervermietung frei gemacht werden. Interessenten wollen sich im Bureau Friedrichshagen, Friedrichstr. 19, bis 30. d. M. während der Bürozeiten von 8—1 und 2—5 Uhr einschreiben.

Friedrichshagen, d. 15. 8. 1921.
Friedrichshagener Siedlungsgesellschaft m. b. H.
Sennewald, Kunzke.

Möbel

jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28 i.
Strengste Diskretion.



Unvergleichbare Preise

Brillanten Gold-, Platin- und Silber

Zahngelbisse, alte Münzen, Dublé zahlt nur die führende Firma
H. Wiese
Artilleierstr. 30
Min. v. Bahnh. Friedrichstr.
Tel.: Norden 1030

Entfettungs-Tabletten

das erfolgreichste und unschädlichste Mittel gegen Fettleucht.

Ohne Diätzwang.

Gewichtsabnahme bei ausgezeichnetem Wohlbefinden.
Pelikan-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 93
an der Charlottenstr.
Zentrum 2733

Achtung! Achtung!
Überzeugen Sie sich selbst, was man die höchsten Preise erzielt für

Bruch Gold, Silber, Platin

Ich garantiere zu jeder Zeit fast für die höchsten Preise.
Brillanten,
Uhren, Ketten, alte Zahngelbisse u. Münzensammlungen

kaufen zu realen Preisen
C. Maulhardt & Co., Schwedter Straße 12
und Köhlitzstraße 19 im Laden

Geschäftszeit von 9—7

Prismen-Feldstecher

besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft
Photohaus Stockmann
Berlin W9, Potsdamer Str. 133

Pelz-Haus abuco

Leipziger Str. 58
Zahlungserleichterung

Spelszimmer, englisch,

gang und gearbeitet, bisfit ca. 2 m. schwere Strebend, runder Ausguss, 6 Stühle, Komplet nur 6800 Mark.

Kuhzerordentlich günstiges Angebot!
Berliner Möbelhaus
Koch-Hilfsweg, nur 860000
25 Skalitzer Str. 25
Hochbahn-Kotbusser Tor

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

2 Ausnahmetage 2

Beste Plüschmäntel 750, 1050
Ia Pelzmäntel 2850, 3420
Ulster 195, 288, 375, 450

Jetzt sehr billig

Imprägnierte Mäntel 139 | Strickjacken reine Wolle 165
Kostüme 259 | Gesellschaftskleider 375

Modelle in Mantelkleider 650
Pelzbesetzte Mäntel 725, Kostüme 1500
Gummimäntel für Damen 295, für Herren 385, Rüsche 60

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

LAUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
Ersichtlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Gold-Platin-Silber-Münzen
Neuhaus, Roßstr. 8 Nähe Spittelmarkt
Einkauf nur im Laden, nicht im Hof

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58 a

Jackett-Anzüge, Cotaways, Ulster
teils auf Saldo, jetzt 350—500 M.
Gummimäntel 300 M. Ferner Damen-
Kostüme, -Mäntel, enorm billig!
Pelzwaren 50 % billiger! Kreuz-
schne, Zobel, Blau-, Weiß-, Silber-
büchse, Wölle, Luchse, Keisel-Lombard

Theater, Lichtspiele etc.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter
Do. 7 1/2 Uhr: Potisch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mausechellen kriegt
Do. 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mausechellen kriegt

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Die Weber (Aub. Abonn.)
Do. 8: Die Weber (Aub. Abonn.)

Theater 1. d. Königgrätzer Str.
Donnerstag zum 1. Male:
Notruf
Drama von Herm. Sudermann

Berliner Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Milliarden
SOUPER

Komödienhaus
7.30 Uhr: Der blonde Engel

Central-Theater
8 Uhr: **Jionka**

Deutsch-Opernhaus
7 Uhr: **Tiefland**
Friedr. Wilhelm Th.
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle
Kl. Schauspielhaus

Reigen
7 1/2 Uhr: **Komische Oper**
7 1/2 Uhr: **Der fidele Bauer**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die blaue Mazur**
Neues Operntheater

American-Girl
7 1/2 Uhr: Schiller-Theat. Charcl.

Meine Frau - das Fräulein
Schloßpark - Th. Steglitz

Hans Hückelheim
Thalia-Theater

Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz

Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens

Morgen wieder lustig!
Th. d. Kommandantenstr.

Die Dielenhexe
Walhalla-Theater

Die Scheidungsreise
Admirals-Palast

7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst in
Die große Leidenschaft
Frz. Schönmann, Heinz Pabst
Stg. 4: Lady Winderm. Fächer

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Hans Arnstadt in
„Der Dieb“
Paul Blensfeldt, Emil Mamelok, Adele Hartwig, Heinrich Marlow

Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend

Reichshallen-Theat.
STETTNER SÄNGER
Anf. 7 1/2 Uhr
Variet., Dönnh., Breisl.: Saal u. Garten

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 16077
Täglich 7 1/2 Uhr
Elite-Sänger
10 Herren! - Komik!
Witz! - Typen!
Größter Lachertrog!
Vvkf. 11-1 1/2, u. 4-6 Uhr

Berliner Frater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
:: Varieté ::

METROPOL
Kottbuserstr. 34
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison-Eröffnungs-
Programm

Münzen
Sammlungen
kauft Ball, Berlin,
Wilhelmstraße 46/47

Münzen
Handlung.

Frauen aus dem Volke

hütet Euch vor dem Gebrauch schädlicher Waschmittel!

Sie sind hygienisch wertlos, weil sie die Wäsche nicht vollkommen reinigen, erschweren die Arbeit beim Waschen und fügen der Hausfrau auch noch materiellen Schaden durch den früheren Verschleiß der Wäsche zu.

Die Anschaffung neuer Wäsche ist aber — besonders für weniger gefüllte Geldbörsen — ein kostspieliges Vergnügen und bedeutet in vielen Fällen neue Sorgen.

Das erste Gebot für jede umsichtige Frau ist daher die Verwendung guter einwandfreier Waschmittel, die in kurzer Zeit die Wäsche leicht und gründlich säubern.

Tausende von Familien bedienen sich deshalb des anerkannt ausgezeichneten **Seifenpulvers Boraxil von Kunze** aus der Schützenstraße, das alle Vorzüge eines guten Waschmittels in sich vereinigt.

Es erleichtert die Arbeit, schon die Wäsche macht sie blendend weiß und verleiht ihr den charakteristischen köstlich frischen Duft.

Kunzes Boraxil ist und bleibt das Waschmittel aller um ihre Wäsche besorgten Hausfrauen. Es ist in allen Geschäften zu haben.

Union-Klub, Berlin

Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reiche
in der Zentrale Schadowstr. 8 u. sämtlichen Filialen Groß-Berlin

Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 2 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postsendungen u. Anträge auf Errichtung von Konten werden **nur Schadowstraße 8** angenommen.

Wettbedingungen sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

NORDISCHE WOCHE
LÜBECK
1.-11. SEPT. 1921

Geschäftsstelle: Lübeck Rathaus

Nugeseisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandseisen,
Gas-Ziederöhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12.
Wriezenerpl. 13072. Ede. Solikstr. 13073.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. K i r c h b a c h, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz Ertelzeil Beobachtg. Tel.: Köniest. 3595

Verkäufe

Reichhaus Friedrichstraße 2
Kaufhäuser, 2000 verkauft
Sportbillig, Herrenanzüge,
Gutmann, Hüter, Schläper,
Hofen, Reine Umbauwaren.

Kaufhäuser, Silberläufe,
Wintertücher, Sportbillig
Verkauf, Gefährlichkeits
von Herrenanzügen, Reine
Umbauwaren. Reichhaus
Friedrichstraße 2, Paulches
Kor.

Staubsauger 500.-, selten
schönes Exemplar, außerdem
kleinere Staubsauger 300.-,
Liptop, Lumax, 80, 171R

Staubsauger 75.-, Koffel 80.-,
an, Staubsauger, Koffel
sowie alle anderen Vorgeräten,
Wäsche, alles zu be-
deutend herabgesetzten, sportbilligen
Commerzpreisen. Reine
Umbauwaren! Reichhaus
Friedrichstraße 2, 171R

Silberläufe 300.-, selten
schönes Exemplar, außerdem
praktischer Silberläufe billig
verfüglich. Goldmann,
Wienandergasse 44, vorn II.

Wäsche billig, Aus-
nahmeweise bis 15. August
Schiffstraße 35.-, Rifen
11.-, Bettlaken 20.-, In-
letts 88.-, Wäsche, Hand-
tücher enorm billig. Niedrige
Auswahl, Fahrvermittlung,
Wäsche, Größte
Kunstabbeilage (Gefährliche),
Geöffnet bis 7.

Wäsche billig, Drei
Kunstabbeilage, Schiffstraße
37.-, Rifen 11.50,
Bettlaken 21.-, Inletts 88.-,
Wäsche, Handtücher
enorm billig. Niedrige
Auswahl, Fahrvermittlung,
Wäsche, Größte
Kunstabbeilage (Gefährliche),
Geöffnet bis 7.

Wäsche billig, Drei
Kunstabbeilage, Schiffstraße
37.-, Rifen 11.50,
Bettlaken 21.-, Inletts 88.-,
Wäsche, Handtücher
enorm billig. Niedrige
Auswahl, Fahrvermittlung,
Wäsche, Größte
Kunstabbeilage (Gefährliche),
Geöffnet bis 7.

Wäsche billig, Drei
Kunstabbeilage, Schiffstraße
37.-, Rifen 11.50,
Bettlaken 21.-, Inletts 88.-,
Wäsche, Handtücher
enorm billig. Niedrige
Auswahl, Fahrvermittlung,
Wäsche, Größte
Kunstabbeilage (Gefährliche),
Geöffnet bis 7.

Kaufmännisches
Gewerbliches
Technisches

Personal jeder Branche erhalten
Sie auf eine Anzeige im Arbeits-
markt des „VORWÄRTS“
der in den Kreisen der Angestellten
u. Arbeiter allgemein gelesen wird

Kaufgesuche

Roberräder kauft Kraus,
Gr. Frankfurterstr. 82, 65/10

Radrennfahrer, Einlen,
Straße 19, 142R

Radrennfahrer, 1500
anhaben, Wollent, Wollen-
straße 19, 2912a

Wasserpistolen, 7.50, kauft,
tauscht, Waffenhandlung
Reinholdstr. 88, 3728

Unterricht

Maschinenbau, Elektrotech-
nik, Logarithmen, Abendkurse,
Vorbereitung auf die Maschinen-
bauingenieur, 118, 126R

Heinrich Reuters Privat-
Lehrbuchschule, Alexander-
platz (Eingang Rönigkstr.),
Logarithmen, Abendkurse, Herren-
Damen-Gesellschaft, Wäsche,
Vokatur, Schmittschneiderei, Ju-
welieren, Nähtur, Schmitt-
macher, Fernsprecher, Rönigk-
str. 359.

Verschiedenes

Julius W. Thiele, Reinhold-
dorferstr. 7, Reonen, Wollent,
Blumen, Behandlung per-
sönlich, 65/11

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Filmfotografen verlangt
Papier-Anhalt, Bedoullant,
Straße 82, 8725b

Filmfotografen gesucht,
Tsch. Bergmannstr. 65.

Stanzarbeiterin per sofort
verlangt, Haniel u. Reiff,
Reppingerstr. 84, 8725b

Steindruck: Tüchtige
Umdrucker
werden gesucht.
Selmar Bayer,
Reichenberger Straße 79.

Putz-
arbeiterinnen
sowie gesucht.
Meldungen: 5-6 Uhr
abends.

A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 118/119

Tüchtige
Steindrucklegerin
gerucht, **Selmar Bayer,**
Reichenberger Str. 79, 8725b

Stanzarbeiterinnen
auf Camachen Zeit sofort ein-
Angerer, Koch & Co., E.-G.,
Oranienstr. 188, 105 16*

Stepperinnen
auf elektrischen Betrieb sofort
sowie ein Angerer, Koch & Co.,
E.-G., Oranienstr. 188

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Kleiderstoffe
Leinen- u. Baumwollwaren
Korsetts
Wäsche
Handarbeiten
sofort gesucht
Meldungen: 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 118/119

Tüchtige
Verkäufer(innen)
für
Möbelstoffe und Gardinen
Leinen- u. Baumwollwaren
Kleiderstoffe
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Tapiserie
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brunnenstraße 19/21

Branchenkundige
Verkäuferinnen
für
Damenwäsche
Damenkonfektion
Strumpfwaren
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Str. 113

Metalldrucker
auf **Allendwaren** gesucht.
Metallwarenfabrik
H. A. Jüst & Co., Aktiengesellschaft
Adlershof-Berlin. 451D

Zuschneiderinnen
mit nachweisbaren Erfahrungen für
Damen, Kleider, Kinderkleider, Damenwäsche
sofort gesucht 105-10

Margot, Steglitz, Grubbuschstraße 7

bruch in Russland sprach. Wir haben bei der obigen Wiedergabe seiner Ausführungen nur zweimal das Wort „Russland“ durch einige Punkte ersetzt, man kann dafür ohne weiteres das Wort „Deutschland“ setzen. Zur Beruhigung der Rechtsprelle möchten wir noch mitteilen, daß Ludendorff und Hindenburg nicht etwa Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, nein, es sind ihre Freunde, von denen sie bei der Verbreitung der Zusammenbruchsflüge, wie wir zeigen, gehorft werden.

Sonomi über Paris.

Rom, 16. August. (Stefani.) Vertreter der Presse erklärte Ministerpräsident Sonomi, die italienische Delegation habe in Paris gefunden, daß die obereschlesische Frage ziemlich verwickelt sei. Sie habe sich immer bemüht, Reibungen zu mildern. Die Zuspriechung des gesamten Oberschlesiens an einen einzigen Staat sei einstimmig abgelehnt worden. Da aber eine Einigung hinsichtlich der Zuteilung der Gebiete und namentlich des Industriedreiecks nicht möglich gewesen sei, so habe Italien vorgeschlagen, den Völkerbundrat um ein endgültiges Urteil zu ersuchen. So sei die Gefahr eines Bruches vermieden worden. Italien habe für den Frieden gewirkt, um die Allianz unverfehrt zu erhalten. Die Meinung des Völkerbundrats werde sich der Obersten Rat zu eigen machen. Die Alliierten hätten die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Initiative Italiens gewürdigt.

Außenminister della Torretta fügte hinzu, daß die Entscheidung sich mit dem Frieden von Versailles in Einklang befindet, daß es sich um einen tatsächlichen Schiedspruch handle und daß die beiden Parteien Deutschland und Polen angehört werden könnten.

Finanzminister Soleri machte Mitteilungen über die Reparationsbeschlüsse. Zwar sei den berechtigten Wünschen Italiens nicht völlig Rechnung getragen worden, die Lage Italiens habe sich indessen doch verbessert. Bei der Unterzeichnung des Schlussprotokolls hätten alle Minister ihre Unterschrift ohne Vorbehalte gegeben, mit Ausnahme des Vertreters Frankreichs, der erklärt habe, er könne das nur vorbehaltlich der Billigung seiner Regierung. Die Sonomi und Soleri betonten, bedeutet dieser Vorbehalt keine Aufhebung der Vereinbarungen; er erkläre sich vielmehr dadurch, daß die öffentliche Meinung in Frankreich durch die Ergebnisse der Konferenz anscheinend wenig befriedigt sei. Sonomi und Soleri brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Frage in freundschaftlicher Weise werde erledigt werden.

Schatzminister de Rova teilte bezüglich der von Deutschland an Italien zu leistenden Zahlungen in natura mit, Italien wünsche solche Waren und Erzeugnisse, durch die den italienischen eine Konkurrenz nicht erwachsen könne. Er stellte mit Bedauern fest, daß von italienischer privater Seite versucht werde, auch solchen Artikeln Eingang zu verschaffen, die der heimischen Erzeugung Konkurrenz bereiten.

Nur Anregungen!

Paris, 16. August. (EE.) Die französische Regierung betrachtet die Konferenz der Finanzminister nur als eine Kommission von Sachverständigen, die beratende Stimme haben und Anregungen vorschlagen können. Die französische Regierung erklärt deshalb, daß die Entscheidungen der Finanzministerkonferenz nicht anderes als Anregungen bedeuten, mit denen sich der nächste französische Ministerrat zu befassen haben wird.

Wie die Entscheidung zustande kam.

Paris, 16. August. (EE.) Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ erzählt aus der autoritativsten Quelle, daß man Mittwoch abend, als Lloyd George darauf drang, daß ganz Oberschlesien mit wenigen Ausnahmen Deutschland zuzufallen solle und kündigte, falls Frankreich dies ablehnte, es die englische Unterstützung verlieren würde, Briand dem italienischen Ministerpräsidenten sagte: „Lloyd George fordert von mir, zwischen der Entente und Polen zu wählen. Was kann ich tun? Die höheren Interessen Frankreichs treiben mich dazu, die Entente nicht aufzugeben, und so bin ich gezwungen, nachzugeben.“ Später wurde Millerand durch Loucheur von der Unterwerfung Briands unterrichtet. Gemäß dem geheimen Abkommen, das Millerand mit Pilsudski im letzten Frühjahr abgeschlossen hatte, forderten Loucheur und die Indusstrielles von Millerand, nochdrücklich darauf hinzuwirken, daß Briand sich nicht unterwerfen dürfe. Millerand teilte Briand dies mit und sagte Briand, falls dieser doch nachgäbe, wäre er, Millerand, gezwungen, die Amtsniederlegung Briands zu fordern. Millerand erklärte, obwohl der französisch-polnische Vertrag noch nicht unterzeichnet sei, könnte er, da er Pilsudski sein Wort gegeben habe, in eine schiefe Lage kommen. Frankreich wolle aber jenen Vertrag erfüllen. Briand informierte Lloyd George am Donnerstag morgen über den Stand der Dinge. Der englische Ministerpräsident war wütend und wollte Paris sofort verlassen, doch bediente man sich dann der Intervention des holländischen Ministerpräsidenten, und so wurde die Situation durch die Berufung auf den Völkerbund gerettet.

Paris, 16. August. (W.B.) der Abg. Mailard kündigt in einem Brief an Briand eine Interpellation über den Obersten Rat an. Er sagt, daß bei einer Zuteilung des obereschlesischen Industriegebietes an Deutschland die nationale Sicherheit Frankreichs in unheilbarer Weise gefährdet werde.

Wenn England in unserer Lage wäre.

Unter dem Titel „Wenn es England wäre“ schreibt G. Desmond in der „Daily News“: „Gefehrt den Fall, daß England den Krieg verloren hätte, wollen wir uns einmal vergegenwärtigen, wie die obereschlesische Frage für uns aussähe. Natürlich würden wir Polen verloren haben, unser Elb- und Ostpreußen, und ebenso ein sehr reiches „Saargebiet“ in Wales. Nun zu den Opfern im Osten. Sieht man weiter den Fall, daß Sibirien und Ostpreußen statt Grenzgebieten wären, so nähme Frankreich die Stelle von Polen ein. Zuerst wird uns Sutherland und Chitkness abgeschnitten, wie Deutschland Memel. Niemand weiß, wozu das gut ist, aber das böse England darf es nicht mehr haben. Sonderabstimmungen in Schottland, zu dem Zweck veranstaltet, um Frankreich diese Gebiete zuzuschonken, gehen zu unsern Gunsten aus. Dann kommt der Korridor an die Reihe, den Frankreich für seinen Zugang zu Liverpool haben muß. Dadurch wird uns das meiste von Lincoln, Notis, Derbyshire, Lancashire und halb Norfolk genommen. Der polnische Korridor ist tatsächlich mehr als halb so groß wie England, aber wir müssen kleinere Gebiete annehmen, um bei den Verhältnissen unseres kleineren Landes zu bleiben. Kent ist Oberschlesien; seine Kohlenfelder sind die reichsten in Europa und am besten ausgestattet mit allen Hilfsmitteln für Englands Industrie. Das muß uns also abgeknüpft und Frankreich gegeben werden. Aber wenn wir gehörig protestieren, gelingt es uns, die Gnade einer Volksabstimmung zu erhalten. Nun kommt die Volksabstimmung in Kent. 60 Prozent der ganzen Bevölkerung stimmen dafür, bei England zu bleiben. Aber irgendein kleines Gebiet — sagen wir die Insel Thanet — wünscht zu Frankreich zu kommen; es ist ein teilweise industrielles, teilweise noch unerschlossenes Kohlengebiet. Wirtschaftlich, sagen die Sachverständigen, sind Kent und Thanet unbedingt aufeinander angewiesen. Aber gestützt auf das kleine Thanet verlangt Frankreich mindestens das halbe Gebiet mit

all den von England geschaffenen Kulturwerten. Ein anderer der gegen England Verbündeten, sagen wir Deutschland, ist aber der Ansicht, daß ganz Kent englisch bleiben soll, und so kommt es zu langwierigen Verhandlungen.

De Valera von Macht zu Macht.

Dublin, 16. August. (W.B.) Das irische Parlament wurde heute vormittag unter gewaltigen Kundgebungen der dichtgedrängten Volksmassen eröffnet. Den irischen Führern wurden begeisterte Huldigungen dargebracht. De Valera führte in seiner Rede aus, nur auf der Grundlage der Anerkennung der Republik könne die Regierung mit einer auswärtigen Macht verhandeln. „Wir stehen seit bei diesem Grundsatze“, so erklärte de Valera, „und sind bereit, für ihn zu sterben, falls es nötig ist.“

35 Millionen Hungernde.

London, 16. August. (Reuter.) Im Unterhause hat Harmsworth den Bericht des offiziellen britischen Vertreters über den Umfang der Hungersnot in Russland mitgeteilt. Dieser schätzt, daß für ungefähr 35 Millionen Menschen Hilfe nötig ist. Lloyd George sagte, daß die britische Abordnung für das Internationale Hilfs-Komitee des Obersten Rates in Kürze ernannt werden würde.

Riga, 16. August. (DE.) Nach den letzten Veröffentlichungen des Volkskommissars für Gesundheitswesen sind bis zum 2. August, soweit Nachrichten vorliegen, auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik 71 874 Cholerafälle registriert worden. Nach wie vor sind das hungernde Wolgagebiet und die Gouvernements Kurland und Woronesch der Herd der Erkrankungen. Neuregistriert sind Cholerafälle in Wolgoga und in den Städten Westsibirians. In Kozlow am Don und in Samara ist die Zahl der Erkrankungen zurückgegangen.

Wie der „Östpreß“ meldet, sind der stellvertretende Vorsitzende des russischen Arbeits- und Verteidigungsrates Kozoff, der die Zentralwirtschaftsbehörde leitet, und der stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel Beschawa in Berlin eingetroffen.

Republik Fünfkirchen.

Wir haben schon mitgeteilt, daß die Arbeiter des unter südslawischer Kriegsbesatzung doch autonomen Fünfkirchen (madjarisch Pécs, slawisch Baranya), das jetzt an Ungarn zurückfällt, von schwerer Besorgnis vor dem Horthy-Regime beherzigt sind. Südslawien würde Fünfkirchen wohl auch gerne behalten, schon wegen seiner Kohle, mit der es die Bahnen des Königreiches S. H. S. betreibt. Es ist nun eine demokratische Republik Fünfkirchen feierlich proklamiert worden, die sich der Einverleibung in Horthy-Ungarn — nicht in ein freies Ungarn — mit aller Kraft und gewiß mit aller südslawischen Förderung widersetzen will. Karolyi soll aus seinem dalmatinischen Exil nach Fünfkirchen berufen worden sein, dessen Bürgermeister Béla Linder Karolyis Kriegsminister gewesen ist. Der Leiter der interalliierten Uebergabekommission, ein englischer Oberst, versichert zwar die Arbeiter, daß sie nichts zu befürchten hätten, aber: soeben hat im ungarischen Parlament die Regierung jede Widerlegung der Horthyschen Verneinung der Bergarbeiter abgelehnt.

So sehr man alle Sympathie mit den Fünfkirchnern haben muß, so fraglich ist doch der Ausgang ihres Beginns. Das formale „Recht“ des Diktats von Trianon ist nicht für sie — gegen sie aber die von der Entente wohlwollend geduldete übermäßige Heeresmacht Horthys. Rückt sie erst nach Kampf in Fünfkirchen ein — dann dreifach wehe der Stadt... Will das die Entente? Will es der Völkerbund?

Gegen die im gleichen Geheh vorgeschriebene Abtretung Deutsch-Westungarn an Deutschösterreich sträubt sich Ungarn in illoyaler Weise. Es sucht abzuhandeln, was ihm beliebt, und da Wien natürlich das Diktat nicht ändern kann und überdies auf dieses agrarische und zudem deutsche Gebiet angewiesen ist, also auf die ungarischen Wünsche nicht eingeht, droht Budapest.

Generalstreik in Konstantinopel.

Paris, 16. August. (EE.) Der Konstantinopeler Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet, daß der Generalstreik ausgebrochen sei. Die alliierten Vertreter führen die Agitation auf bolschewistische Propaganda zurück. Demonstrationen bewegten sich mit roten Fahnen durch die Straßen. Im Arsenal unterdrückten türkische Truppen einen Aufruhr. Die Arbeiter erklären, der Streik habe keinen politischen Hintergrund. Die hohe Pforte ist der Ansicht, daß die Streikagitation auf griechischen Einfluß zurückzuführen sei, Unruhen in Konstantinopel hervorzurufen. — Der türkische Oberkommandant der Ostfront, Ragim Karabekir, ist in Angora eingetroffen. Die ganze türkische Armee mit Ausnahme zweier Divisionen ist auf dem (Rück-)Wege nach Erzerum. Neue Schiffsabgaben mit Kriegsmaterial sind in Samsun eingetroffen, ebenso 12 Flugzeuge. Eine persische Mission mit dem Unterrichtsminister Mumtazadevi ist auf dem Wege nach Angora, um eine Freundschaftsverträge zwischen Teheran und Angora abzuschließen. Dieselben, der Oberkommissar für wirtschaftliche Angelegenheiten der kemalistischen Regierung, befindet sich auf dem Wege nach Moskau, um einen Handelsvertrag mit Sowjetrußland abzuschließen.

London, 16. August. (A.L.) Lloyd George hat gestern im Unterhause erklärt, daß die Regierung keine Kontrolle über die Kriegsmunitions-Endungen nach Griechenland oder der Türkei übt.

Der Serbenkönig Peter ist gestorben. Nach jahrzehntelangem Genfer Caféhausleben als Verbannter und Verschwörer gegen die Konturrenzfamilie Obrenowitsch hatte die Ermordung Alexanders II. und seiner Frau den Karageorgiewitsch auf den Thron gebracht. Ihm folgt sein zweiter Sohn Alexander, da sich der ältere Georg durch seine tollen Streiche längst unmöglich gemacht hatte.

W.B. stellt gegenüber dem „Temps“ fest, daß es über die Beratungen des Obersten Rates all das berichtet hat, was es nach dem „Temps“ unterdrückt haben soll.

Im Danziger Volksstag ergab sich am Dienstag bei dem sozialdemokratischen Antrag, dem Senat das Vertrauen zu entziehen, infolge Abwesenheit der Rechten die Beschlussunfähigkeit. Ueber den kommunistischen Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Polizeigenosse Schlämmer wegen Verletzung seiner Amtspflichten wird am Dienstag nächster Woche beraten und dann auch die Abstimmung über das Mißtrauensvotum wiederholt werden.

Amerikanischer Hilfsdienst für England. Zwei Deutsche in Chicago, Georg Paul Böhm und Albert B. Wehde, die zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie angeblich den Versuch gemacht haben, im Jahre 1917 in Indien eine Revolution in die Wege zu setzen, sind nach Newnouth gebracht worden, um ihre Strafe abzuhängen.

Nobell. Die britische Parlamentskommission für die Kontrolle der Regierungsrechnungen stellt in ihrem Bericht fest, daß die Regierung aus dem öffentlichen Besitz bedeutende Geschenke verteilt hat, darunter sechs Schiffe mit Bewaffnung und Vorräten, sowie Flugzeuge an Australien und Kanada, und 18 außer Dienst gestellte Schiffe an die Alliierten. Der Bericht bemerkt, daß es ihm als ein ernster Fall erscheint, daß Schiffe der britischen Marine ohne Zustimmung des Parlaments verschenkt wurden.

Ein alter Irredentist.

Der Name des nun im Alter von achtzig Jahren in Walsall eingegangenen Georg v. Schönerer war im alten Oesterreich ein Panier. Einer vom Schlosse jener Unversöhnlichen wie der Franzose Déroulède und mancher greise Weise, unverzählich die Weltgeschichte verneinend, freilich als reicher Schloßherr in der Lage, es ohne persönlichen Existenzwagnis zu tun. Dieser unbedingte Irredentist, der den Hinauswurf Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde nie verwenden konnte, schwor wiederum auf Bismarck, den Hinausschmeißer. Und dem gab er auch wieder recht, denn wiederanschließen an Deutschland wollte er nur das slawenfreie Deutschösterreich.

So erhob der körperlich gewaltige Mann einst die flatternde Fahne und die dröhnende Stimme gegen die Deutschliberalen, die sich mit den gegebenen Tatsachen abfanden und Oesterreich zum deutschen Staate machen wollten. Die Selbstlosigkeit dieser Liberalen ging aber doch nicht so weit, daß sie nicht Gegendienste für ihre Kapitalinteressen genommen hätten, und so erhielt das rein alldeutsche Programm Schönerers neben dem antisemitischen Einschlag, der der „Verjudung“ der Liberalen galt, auch jenen Tropfen sozialen Ochs, der Schönerer für das allgemeine Wahlrecht eintreten ließ und ihm die Anhängerschaft der jungen deutschdemokratischen Akademiker Lueger und Bernerstorfer verschaffte. Aber Schönerer war ein Selbstherrscher, und da er nicht nur „Los von Juda“, sondern auch „Los von Rom“ befohl, gab es bald Trennung von allen rot oder schwarzlich-sozial Gesinnten. Neben jenen „Unversälichten Deutschen Worten“, deren jede Nummer mehrmals wegen Hochverrat konfisziert wurde, und in der man trotzdem, behaglich schmunzelnd, die Briefkostennoten über Franz Joseph Schrattlinger genoh (weil die Schauspielerin Schratt des Kaisers wahre Lebensgefährtin war), entstanden des Dissidenten Bernerstorfer „Deutsche Worte“, in der ein gewisser „Tischler“ Arbeiterfragen besprach; es war der Schulkamerad Dr. Viktor Adler.

Inzwischen hatte Schönerer seinen Adel und sein Mandat verloren und etliche Monate gekrummt, weil er die Todesnachricht und die Würdigung des alten Wilhelm im „Tagblatt“ durch einen blutigen Sturmangriff auf die Redakteure gerächt.

Der große Kampf gegen Boden's Sprachensordnung sah ihn wieder im Parlament, und eine ganze Obstruktionsstunde ging drauf, als Schönerer auf das tschechische „ano!“ (ja) und „ne!“ (nein) „Oh-Yes!“ setzte, das der Präsident nicht als landesübliche Sprache anerkennen wollte. Bitterer Schmerz erlitt das Führerherz, als es Jung-Siegfried, Karl Hermann Wolf und seine Röhnen, sozusagen die ganze Partei bis auf die Paladine, strafweise „entdeutschte“ mußte. Und als Schönerer 1906 gar mit den polnischen Junkern und den deutschen Bourgeois vereint gegen das gleiche Wahlrecht kämpfte, gab es kein Mandat mehr für ihn.

Jetzt ist der unverfälschte Irredentist dahin. Unversälicht? O „völkische Schmach“, da der alte Börsenjude Alexander Scharf in seinem Montagblatt der Gottin Vstammung in monatelangen Fortsetzungen auf den guten alten Schmul Leeb Kohn zurückführte. Der Irredentist mußte sterben — in einer Zeit, wo die deutsche Irredenta eine weit stärkere Förderung erfahren hat, als sie der breitschulterige, stiernadige Bierbauch jemals erträumt hat. r. b.

Arbeiterfreiheit im besetzten Gebiet.

Koblenz, 15. August. Wie der „Sonner Generalsanzeiger“ meldet, hat das englische Kriegsgericht in Köln einen Buchdrucker des Firma Bohem, den die englische Militärzeitung „Cologne-Post“ zum Annoncenseher aufgefördert hatte, der aber wegen des Streikbeschlusses nicht zur Arbeit erschienen war, zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Kriegsgericht nahm Ungehorsam gegen eine englische Behörde an, und der Vorliegende drohte für weitere ähnliche Fälle mit der Verhängung weit schärferer Strafen.

Unterdrückung der Versammlungsfreiheit im Rheinland.

Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete davon Mitteilung gemacht, daß für die Zeit eines Monats und mit Wirkung vom 9. August 1921 den Delegierten der Rheinlandkommission in den Kreisen Riefeld, Wiers, Neuh und M.-Stadbach die durch Verordnung des internationalen Rheinlandabkommens vorgesehene besondere Volksmacht übertragen worden ist, d. h. das Recht, alle Zusammenkünfte und Versammlungen zu unterlagen, die die Sicherheit der Besatzungsgruppen gefährden könnten, und im Notfall den Aufenthalt während der Nachtzeit auf den Straßen zu verbieten.

Oberschlesien II. — Memelgebiet.

Die Ernennung des sich zur großlitauischen Partei rechnenden Regierungsrates Stepputat zum Präsidenten des Landesdirektoriums des Memelgebietes hat scharfe Proteste hervorgerufen. Eine Protestversammlung des Deutsch-Litauischen Heimatsbundes wurde von dem Oberkommissar verboten und der Versammlungslokal polizeilich abgesperrt. Wenn gegen den Willen von mindestens 90 Prozent der Bevölkerung die Ernennung Stepputats erfolgte, so bewies dies, daß auch die Entscheidung über das Memelgebiet ohne jede Befragung der Bevölkerung in reinster Willkür erfolgen wird.

Reichlich verzerrt scheint aber der Jubel der großlitauischen Kreise, als wenn es nunmehr feststände, daß auch Frankreich mit der Einverleibung des Memelgebietes in den litauischen Staat einverstanden wäre. Es deutet nach der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ alles darauf hin, daß Frankreich auch das Memelgebiet Polen zuschlagen will. Noch vor wenigen Monaten gab es keinen Bewohner polnischer Nationalität im Memelgebiet. Bisher errichtet Polen in Memel ein Berufskonsulat. Zwar versicherte der polnische Berufskonsul bei seinem Dienstantritt, Polen dachte gar nicht daran, Ansprüche auf das Memelgebiet zu erheben. Aber mit diesem Tage setzte trotzdem eine „friedliche“ Eroberung des Gebietes ein.

Weglelei.

Eine Abordnung der Memeler Stadtverordnetenversammlung, die dem französischen Oberkommissar die Entscheidung über die Autonomie des Memelgebietes überreichen wollte, ist von diesem nicht empfangen worden. Als Begründung wurde der Abordnung erklärt, daß der Oberkommissar bereits durch die Presse von der Absicht der Abordnung unterrichtet sei, und daß er deshalb den Empfang der Abordnung ablehne. Die Stadtverordnetenversammlung gab darauf ihr Einverständnis mit folgender Erklärung des Stadtverordnetenvorstehers ab: „Wir bedauern, daß die Vertretung der größten Gemeinde des Memelgebietes, nachdem ihr der Empfang zugesagt worden und nachdem sie erschienen war, nicht empfangen wurde. Wir sprechen unser allergrößtes Bedauern darüber aus.“

Ran vergleiche damit das Verhalten britischer oder italienischer Völkerbundbeauftragter!

Spanischer Erfolg gegen die Mauren. General Berenguer telegraphiert, daß mit Unterstützung durch Artillerie eine starke Stellung in Maran erobert wurde. Nach einem blutigen Handgemenge haben die Mauren zahlreiche Tote und Gefangene auf dem Schlachtfeld zurückgelassen.

Wenn Poehner kommt... Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, wurde anlässlich des Besuchs des Münchener Polizeidirektors Poehner in der bayerischen Strafkolonie Niederhohenfeld das Bild des ehemaligen Bayernkönigs Ludwig mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Recht so; Ehre, wenn Ehre gebührt!

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Betriebsräte-Schule.

In dieser Woche beruft die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale die Vorkurskurse der Industriearbeiter ein. In ihnen sollen die Betriebsräte vor allem auf die Wichtigkeit des Besuchs der Betriebsräte-Schule hingewiesen werden.

Die Macht des Unternehmertums und sein Übergewicht im Staatsleben gründet sich auf seine bessere geistige Verrichtung des Wirtschaftsapparates und seiner Funktionen. Jedes großindustrielle Unternehmen hat seine volkswirtschaftliche Abteilung. Den verantwortlichen Finanz- und Industriemännern steht ein vorzüglich ausgebildeter wirtschaftlicher Mitarbeiterstab zur Seite. Das vereinigte Unternehmertum besitzt einen wirtschaftlichen Nachrichendienst von wundervoller Feinheit und äußerster Sämelligkeit.

Die Arbeiterorganisationen und ihre Führer haben solche Mittel nicht zu ihrer Verfügung. Die Steigerung des Einflusses und der Macht der Arbeiterklasse hängt ab von der Schaffung einer solchen wirtschaftswissenschaftlich gebildeten Mitarbeiterstaff. Ganz besonders die Betriebsrätebewegung, die im täglichen direkten Verkehr und Kampf mit den Unternehmern steht, kann nur vorwärts kommen und ihren Zweck erfüllen, wenn ihre Angehörigen, die Betriebsräte, sich mit dem geistigen Nützlichem versehen, das den besseren Kenntnissen der Unternehmer und ihrer Vertreter gemachten ist.

Nicht nur Betriebsräte können Schüler der Betriebsräte-Schule werden, sondern jeder freigewerkschaftlich organisierte Kollege.

Wir fordern hiermit die Betriebsräte auf, vollständig zu den bekanntgegebenen Gruppenversammlungen zu erscheinen, die Unterrichtsverzeichnisse der Schule in Empfang zu nehmen und dafür zu sorgen, daß aus jedem ihrer Betriebe mindestens ein Kollege oder Betriebsrat die Schule besucht.

Vorbereitungsdurchsichten finden ab Freitag, den 19. August, jeden Montag und Freitag von 4-6 Uhr im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 14/15, zweiter Hof 1. statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale
Räte-Schule.

Der Streit der Kontobucharbeiter!

Die Arbeiter in den Kontobuchfabriken stehen schon in der achten Woche im Streit. Unerschütterlich steht die Front der Streikenden. Keiner ist abtrünnig geworden, vielmehr sind alle Kollegen und Kolleginnen fest entschlossen, ihren gerechten Kampf bis zum Siege durchzuführen. Die schärfsten Formen hat der Kampf der genannten Arbeiterschaft der Firma Aschelm angenommen. Dem alten Personal der Firma ist niemand mehr im Betrieb. Der Firma ist es jedoch gelungen, eine kleine Anzahl Streikbrecher einzustellen. Dieses Menschenmaterial, das sich zu den Verdienstdiensten hergibt, kann der streikenden Arbeiterschaft natürlich nicht schaden und das alte eingearbeitete Personal ersetzen. Die Arbeit, die von diesen Stämpfern im Berufe hergestellt wird, wird die Kundenschaft der Firma Aschelm nicht verwerten können. Die traurigste Rolle spielen die Werkmeister der Firma, indem diese Herren Streikarbeit herstellen. Mit Bier und Geld werden die Streikbrecher der Firma Aschelm traktiert, um ja nicht den Betrieb zu verlassen. Die freigebig zeigt sich da diese Scharfmacherfirma. Bei ihrem alten eingearbeiteten Personal, welches zum Teil bis 42 Jahre im Betrieb ist, feilscht man um wenige Pfennige.

Die Polizei hielt sich zu Anfang des Kampfes neutral. Seit einigen Wochen hat sie aber zugunsten des Oberscharfmachers Aschelm in den Kampf eingegriffen, wogegen wir auf das schärfste protestieren müssen. Streikposten erhalten Strafmandate wegen Stehens auf dem Bürgersteig. Spricht ein Streikposten einen Streikbrecher etwas laut an, jagt es mit „Verhaftungen“, sogar mit „Schußhaft“ wird gedroht. Eine händliche Polizeiwache befindet sich im Portierhause, Kriminalbeamte mit Polizeihund begleiten ein Streikbrecherfahrzeug und laden Papierrollen und Kisten mit ab.

Wir fragen den Herrn Polizeipräsidenten Richter: Billigen Sie das Verhalten der Polizei? Wie kommen Kriminalbeamte dazu, für die Firma Aschelm Streikbrecherarbeiten zu leisten? Mit welchem Recht wollen die Beamten die Streikposten verhaften, welche das Streikbrecherfahrzeug begleiten? Die Beamten werden mit unseren Steuergrößen bestraft und haben kein Recht, das gesetzlich gewährleistete Recht den Streikenden zu nehmen.

Wir fordern die gesamte Kollegschaft Groß-Berlins auf, strengste Solidarität zu üben!

Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckereihelfer, Transportarbeiter und Schloffer! Lehnt jede Arbeitsannahme bei allen beschriebenen Kontobuchbetrieben ab und verweigert jegliche Streikarbeit.

Das Graphische Kartell.

Ein arbeiterfeindlicher Siemens-Direktor.

Als solcher wird uns der Leiter des Charlottenburger Werkes von Siemens-Schuckert, Frankfurter 29, Herr Beiersdorf, bezeichnet. Dieser Herr, der sich am 13. März 1920 dem Arbeiterausschuß gegenüber freudig zum Kapp-Putsch bekannte, legt besonders Wert auf Disziplin. In welcher Weise, soll der folgende Vorfall beleuchten:

Eine Arbeiterin, welche einen kranken Mann und vier Kinder zu ernähren hatte, wurde entlassen, weil sie dem Befehl des Meisters, ruhig zu sein bzw. den Mund zu halten, nicht nachgekommen ist; sie hatte sich über den geringen Verdienst beklagt. In der betreffenden Abteilung sind Verdienste bis herunter zu 50 M. pro Woche üblich. Als Entlassungsgrund wurde auf den Einspruch des Arbeiterrates hin Disziplinlosigkeit angegeben. Der Arbeiterrat bemühte sich, diese Entlassung rückgängig zu machen, mit dem Hinweis, daß der Schlichtungsausschuß den Grund der Entlassung sicher als nicht stichhaltig ansehen wird; daraufhin wurde von der Werksleitung gesagt: „Was kann weiter werden, wir zahlen

416 M., dann ist die Sache für uns erledigt.“ Was aus der Arbeiterin, dem kranken Mann und den vier Kindern werden soll, danach fragen diese Herren nicht; es gilt den Arbeitern eben zu zeigen, daß sie rechtlos sind und auf Befehl den Mund zu halten haben.

Das tollste Stück hat sich dieser Herr vor kurzer Zeit geleistet, indem er einen Teil der Belegschaft und zwar die Transportarbeiter durch Anbinden und Nummern gekennzeichnet hat. Das Einverständnis des Arbeiterrates hierzu herbeizuführen, fällt ihm natürlich nicht ein. Er steht eben auf dem Standpunkt, daß er sich von niemandem drein reden läßt, er hat zu bestimmen und die Betriebsräte sind für ihn einfach nicht da. Es wird angeordnet und wer nicht portiert, der fliegt, damit basta. Die Arbeiter haben sich dieser Kennzeichnung widersetzt, mußten sich aber letzten Endes unterwerfen, da der Schlichtungsausschuß oder vielmehr der Unparteiische, Herr Dr. Körner, der Werkleitung durch einen Spruch, gegen welchen natürlich sofort Beschwerde erhoben wurde, zu Hilfe eilte. Dies hatte zur Folge, daß das Vorgehen des Herrn Beiersdorf jetzt in anderen Werken Schule macht, indem man auch dort dieser Kategorie von Arbeitern Anbinden und Nummern auferlegt. Begründet wird diese Maßnahme mit der Reorganisation des Transportwesens. In Wirklichkeit sollen aber mit Hilfe der vor einiger Zeit eingeführten Werksicherheitspolizei und der oben erwähnten Kennzeichnung die „faulen“ Arbeiter ausgesondert werden. Wenn es sich um die Verbesserung der ziemlich schlechten hygienischen Verhältnisse im Werk handelt, kümmert sich Herr Beiersdorf weniger darum.

Unbequeme Arbeiter, insbesondere Mitglieder der Betriebsvertretung, die sich nicht willenlos die Ausübung ihrer Rechte beschnei-

Gewerbegerichtswahlen!

Betriebsräte, Betriebsobleute!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Sonntag von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags die Wahlen zum Gewerbegericht stattfinden.

Wir fordern alle Betriebsräte, Betriebsobleute und Funktionäre der Gewerkschaften auf, dafür zu sorgen, daß

1. sofort jeder Arbeitnehmer sich von seiner zuständigen Organisation eine Wahlbescheinigung besorgt
2. daß diese Wahlbescheinigungen vom Arbeitgeber unterschrieben werden.

Letzteres erfolgt am besten in der Weise, daß die Betriebsräte die Wahlbescheinigungen ihrer Belegschaft einsammeln, gemeinsam unterschreiben lassen und am Sonntagabend den Kollegen wieder aus-händigen.

Jedermann an die Wahlurne! Keiner darf fehlen!

Voller Sieg der freigewerkschaftlichen Liste!

Gewerkschaftskommission Berlins Allgemeiner freier Angestellten- und Ungegend.

den lassen, läßt er auf eine Art und Weise kontrollieren, die man nur Spitzelungen nennen kann. Er läßt solche Kollegen daraufhin scharf beobachten, ob sie etwa verspätet zur Arbeit erscheinen, ob sie sich, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlassen, formgerecht abmelden und ob sie sonst peinlichst genau die Arbeits- und Dienstordnung und sonstigen Vorschriften beachten. Wird die geringste Verfehlung (nach seiner Ansicht) festgestellt, so jagt es Verwarnungen, Strafen und Entlassungsdrohungen, wenn nicht gar die Entlassung selbst ausgesprochen wird. In die Betriebsversammlungen schiebt er seine jungen Herren, die dann über den Verlauf genau Bericht zu erstatten haben. Diese Anordnungen werden natürlich geheim gehalten. Diese Spitzelberichte werden später dazu benutzt, um den Betriebsräten, welche dort Ausführungen machen, einen Strich zu drehen, an dem man sie arzhängen, d. h. auf das Pflaster werfen kann. Es sei noch kurz darauf hingewiesen, daß in diesem Werk der gesetzliche Achtstundentag auf jede Art und Weise umgangen zu werden versucht wird, indem man unter allerhand Begründungen Überstunden arbeiten läßt, ohne das Einverständnis des Arbeiterrates oder die Genehmigung des Gewerbeterrates herbeizuführen.

Die Betriebsräte und auch die ganze Arbeiterschaft haben unter der Scharfmacherei dieses Herrn außerordentlich zu leiden. Daß die Belegschaft sich das hat solange gefallen lassen, ist nur dem Umstande zu verdanken, daß die gewerkschaftliche Organisation noch nicht genügend erstarkt ist. Wenn der letzte Rest der durch die Gelben gezeigten Unterwürfigkeit gemessen ist, und die Arbeiter sich auf ihr freies Menschentum besonnen haben, wird auch dem Treiben dieses Scharfmachers ein Ende bereitet werden.

Lohnbewegung der Schildermaler.

In der Lohnfrage der Schildermaler Berlins, die im Vorkursarbeitsrat organisiert sind, fand am Montag vor dem Schlichtungsausschuß eine mehrstündige Verhandlung mit den Vertretern der Vereinigung Berliner Schilderfabrikanten statt, die diese Verhandlung beantragt hatten. Der letzte Lohnvertrag der Schildermaler war am 1. August abgelaufen. Da man sich über die Höhe des Lohnes nicht einigen konnte, wurde inzwischen tariflos gearbeitet. Die Schildermaler hatten in ihrer letzten Versammlung ihre Forderung endgültig dahin bestimmt, daß ein Stundenlohn von 8 Mark ohne jede Klassifizierung gezahlt werden sollte.

Ueber die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß berichtete abends der Branchenleiter Grosch in einer sehr gut beluchten Branchenversammlung. Die Unternehmer weigerten sich hartnäckig, die Einteilung in zwei Klassen fallen zu lassen und einen Stundenlohn von 8 Mark anzuerkennen. Grosch trat energisch allen ihren

Einkänden entgegen und wies die Berechtigung der Forderung nach. Schließlich kam folgender Spruch des Schlichtungsausschusses zustande:

Der Stundenlohn der Schildermaler der Klasse I wird für die Zeit vom 1. August bis zum 30. September auf 7,80 M. und der für die Klasse II für die gleiche Zeit auf 7,60 M. erhöht. Vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember beträgt der Stundenlohn für die Klasse I 8 M. und für die Klasse II 7,80 M. Diese Sätze gelten auch für diejenigen Arbeitnehmer, die während der Dauer des Tarifes, d. h. bis zum 1. August 1920, mehr als die tarifmäßigen Sätze, jedoch weniger als die heute festgelegten Sätze erhalten haben. Diese letzte Bestimmung ist, wie der Redner auf Grund der Verhandlungen feststellte, so zu verstehen, daß schon gezahlte höhere Löhne weiter bestanden bleiben.

Durch den Spruch ist mehr erreicht worden, als was die Unternehmer in freier Vereinbarung anerkennen wollten. Notwendig werdende Teuerungszulagen sind dadurch nicht ausgeschlossen worden, wie ein Arbeitgeber in der Verhandlung ausgab.

Nach lebhafter Debatte wurde über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs geheim abgestimmt. Die Funktionäre, die mit der Feststellung des Resultats betraut wurden, erhielten den Auftrag, es erst nach der entscheidenden Versammlung der Arbeitgeber dem Schlichtungsausschuß mitzuteilen und bekanntzugeben.

Deutscher Bauarbeiterverband! Achtung, Baudelegierte!

Am Donnerstag nachmittags 4 Uhr findet im „Dresdener Kasino“, Dresdener Str. 96, eine Baudelegiertenversammlung für das Hoch- und Tiefbaugewerbe statt. Tagesordnung: 1. Die Durchführung der Ferien im Baugewerbe. 2. Die Streckung der Arbeit in unserem Beruf. 3. Verschiedenes.

Jede Baudelegierte muß vertreten sein! Der Vereinsvorstand.

Gewerbegerichtswahl XI. Bez. Schöneberg.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß kein Wahlrecht nur ausüben kann, wer im Besitz einer Wahllegitimation ist. Wir fordern hierdurch nochmals sämtliche Betriebsräte des XI. Bezirkes auf, die Betriebe mit Ausweisen zu versehen. Die Mitglieder der Gewerkschaftskommission sowie alle Wahlberechtigte treffen sich am Donnerstagabend 1/8 Uhr zur Einteilung der Wahlposten bei Grund, Weininger Str. 8. Ein jeder komme seiner Pflicht nach!

Gewerkschaftskommission Schöneberg.

Zum Streit bei der Firma Preßluft, Werkzeugmaschinenfabrik in Oberschöneweide, zahlte den männlichen Arbeitern im Afford einen Höchstlohn von 6,20 M., der nach Klassifizierung noch unten ein Mindestlohn von 5,80 M. pro Stunde war. Schon vor längerer Zeit wandte sich die Belegschaft an die Betriebsleitung um Zulage. Die Firma verwies die Arbeiterschaft auf eine spätere Zeit, da sie finanzielle Schwierigkeiten habe. Die Arbeiter stellten ihre Forderung zurück, jedoch angesichts der sehr guten Konjunktur auf der einen und der wachsenden Teuerung auf der anderen Seite, erhoben sie nach vier Wochen ihre Forderungen erneut. Das Angebot der Firma auf Zahlung einer monatlichen Teuerungszulage wurde abgelehnt.

Nach wiederholten Verhandlungen machte die Firma folgende Zugeständnisse: Eine einmalige Teuerungszulage von 250 M. für Verheiratete mit Kindern, 200 M. für solche ohne Kinder, 150 M. für Ledige, 100 M. für Arbeiter und Arbeiterinnen und 50 M. für Lehrlinge. Zugleich teilte die Firma mit, daß sie dem Verband der Metallindustriellen beitrete. Das Angebot war für die Arbeiterschaft unannehmbar und sie trat daher am 30. Juli in den Streit. Nach achtstündiger Streikdauer ging die Firma dazu über, die gesamte Arbeiterschaft auszusperren resp. zu entlassen. Die Direktion machte dann gelegentlich den Vorschlag, 30 Pf. pro Stunden mehr zu zahlen, die 4stündige Pause abzugeben und die an den Maschinen tätigen Frauen nicht wieder einzustellen. Die Arbeiterschaft lehnte auch diesen Vorschlag ab, da sie darin eine Verschlechterung erblickte. Der mit Streikposten umstellte Betrieb wird jetzt von der Schutzpolizei gesichert. Am Sonntag wurden in Anzeigen der bürgerlichen Presse Arbeiter aller Kategorien gesucht, worauf sich 120 Mann Arbeitslose meldeten. Doch als die Arbeiter von dem Streit erfuhren, zogen sie wieder ab. — Die Firma sucht nun in den einzelnen Arbeitsnachweiser Arbeitswillige zu gewinnen. Die Arbeitslosen werden daher in ihrem eigenen, wie im Interesse der streikenden Arbeitsbrüder ersucht, auf die Postkarte der Firma zur Heranziehung von Streikbrechern nicht einzugehen.

In Jena, wo seit einigen Tagen die Bauarbeiterschaft streift und die Arbeiter einer Zollstockfabrik die Arbeit eingestellt haben, sind auch die Arbeiter eines Glaswerkes in den Zustand getreten. Die Arbeiterschaft der Feil-Werke hat der Betriebsleitung Lohnforderungen unterbreitet.

Schwarzarbeiterverband. Branche der Fabrik- und Modellmacher. Die außerordentliche Branchenversammlung ist nicht heute, sondern am 9. September, Donnerstag, um 7 Uhr in der Schulaula Weinmeisterstr. 16/17. Die Betriebsräte werden gebeten, die Versammlung in ihren Betrieben bekanntzugeben.

Deutscher Transportarbeiterverband (Regist. Groß-Berlin). Sektion 2, Glas- und Teppichreinigungsbetriebe: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Engländer Hof“, Alexanderstr. 12, Baumgartenstr. 11. Stellungnahme zur Tarifänderung.

Verband der Maler und Lackierer. Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Musterjulen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, wichtiger Versammlung, die sich mit dem Resultat der Lohnverhandlungen zu beschäftigen hat.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wode, Berlin. Verlag: Hornbrosch-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hornbrosch-Verlag u. Verlagshaus Carl Singer & Co., Berlin. Lindenstr. 2. Preis 1 Pfennig.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen

beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte

Kukirol

Schachtel N. 3. — In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1087, 9714

Am Donnerstag, den 18. August 1921, abends 6 Uhr, in Schul' Festjulen, Am Adnigsgraben 2:

Vertrauensmänner-Konferenz

der Walzwerk-, Blei-, Drahtfabrik- und Papierrohrarbeiter und -arbeiterinnen

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir uns zu dem geforderten Lohnabkommen und unsere Forderungen.
2. Bericht. — 3. Verschiedenes.

Am Freitag, den 19. August 1921, abends 7 Uhr, in den „Sophtenjulen“, Sophienstraße 17/18:

Branchen-Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, Sieder und Siederinnen

Tagesordnung: 1. Verhandlung über den Lohnabkommen mit dem DMB. 2. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zutritt haben nur diejenigen Kollegen und Kolleginnen, deren Mitgliedsbuch obige Branchenangelegenheit ausweist.

96/25 Die Ortsverwaltung.

Winkelhausen
die deutsche Weinbrandmarke

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Hitzale Berlin.

Donnerstag, den 18. August 1921, abends 7 Uhr, in den Musterjulen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Schiedskommission. — 2. Wahl eines Stellvertreters zum Verbandsdeputierten. — 3. Soll die Hausanweisung abgelehnt werden und welche bessere Fristsetzung soll eingeführt werden? — 4. Entscheidung der zurückgestellten Punkte und Entwürfe höherer Versammlungen. — 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Inhalt der Tagesordnung wegen erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen.
179/3 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer

Geschäftsstelle Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 17. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Heisterfeldt, Köln, über: „Die augenblickliche wirtschaftliche Lage“. — 2. Rassenbericht vom 2. Quartal. — 3. Verschiedenes.
153/6 Die Ortsverwaltung.